

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

02
2022

MAI 2022
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

**CDU-GENERALSEKRETÄR
MARIO CZAJA IM INTERVIEW**

„Die Union ist nicht die Ersatzbank der Ampel“

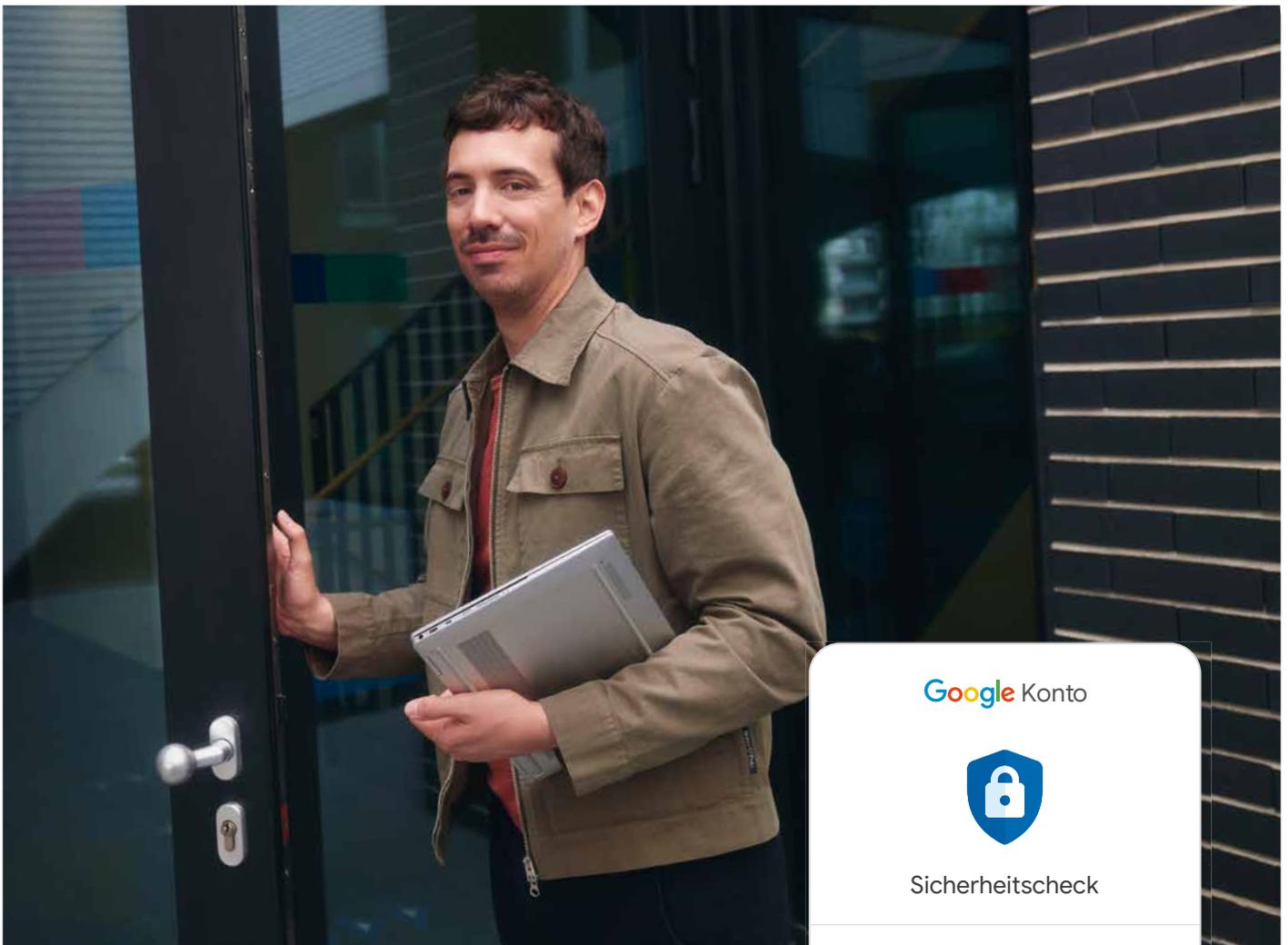
**KFW-FÖRDERDEBAKEL
So lässt die
Regierung Eigenheim-
Träume platzen**

**BRÜSSELER BÜROKRATIE
Wie die EU
den deutschen
Mittelstand
gefährdet**





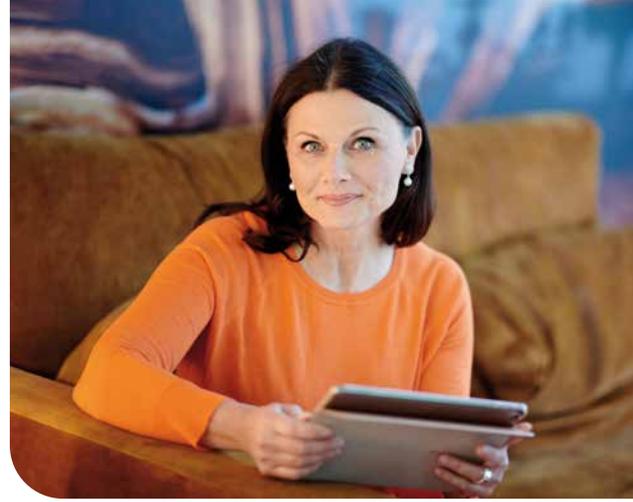
„Wir entwickeln **Sicherheitstools** ,
die nicht nur Fachleute verstehen.“



Thomas Lottermann arbeitet bei Google in München am Sicherheitscheck, der Nutzer:innen mit individuellen Empfehlungen zum Schutz ihrer Konten unterstützt.

 Besser geschützt mit Google

Der Mittelstand braucht einen Befreiungsschlag



Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

eine Wohnung. Urlaub. Soziale Sicherheit. Gute Ausbildung für die Kinder. Das wünschen wir uns alle. „Wohlstand für alle“.

Mit diesem Leitsatz von Ludwig Erhard ist Deutschland groß geworden. Sein Erfolgsmodell: die Soziale Marktwirtschaft. Ein Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung. Getragen von Betrieben und ihren Mitarbeitern.

99 Prozent davon sind Mittelständler wie Sie. Freiberufler, Handwerk, Handel, Gewerbe, Industrie, Gastronomie, Landwirtschaft. Vom Einzelkämpfer bis zum Hidden Champion. Das Rückgrat unserer Gesellschaft, Motor für Innovation, Garant für Arbeitsplätze und Ausbildung. Sie denken nicht in Jahresabschlüssen, sondern in Generationen. Sie übernehmen Risiko und Verantwortung. Sie haben ein Recht auf Vertrauen, auf Respekt.

Das erleben sie häufig – nicht. Das Unternehmerbild wird verzerrt, gerade in Politik und Medien. Abgabenlast, Arbeitskräftemangel, Regulierungswahn gehören zu Ihrem Alltag. Zur Wahrheit gehört: Auch wir als Union haben in der Großen Koalition kräftig dazu beigetragen. Hier ein Gesetz, dort eine Verordnung. Sie konnten es schultern – bislang. Aber jetzt ist die Schmerzgrenze erreicht.

Nach zwei Jahren Pandemie nun Krieg, Lockdown in Shanghai. Lieferketten brechen, Rohstoffe fehlen, Preise explodieren, Inflation, es gibt keine Planungssicherheit. Sie kommen aus dem Krisenmodus nicht mehr heraus. Wir stehen am Rande einer Rezession.

Deutschland hat viele Krisen erlebt. Wir können auch diese meistern. Aber nur mit Ihnen, unseren Unternehmerinnen und Unternehmern. Sie wissen, wie es geht. Sie brauchen einen Befreiungsschlag.

Wir haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Entfesselungspaket vorgelegt. Das ganz im Wesentlichen aus Positionen der MIT bestand. Damit der Mittelstand seine Kraft wieder frei entfalten kann. Der Wohlstand fällt nicht vom Himmel. Dazu gehört, den Menschen wieder etwas zuzutrauen. Dafür brauchen wir einen Belastungsstopp, ein Bürokratiemoratorium – national, auch europäisch.

Auf der Agenda der EU stehen Dutzende neuer Reglementierungen. Brüssel will zum Beispiel mit der Taxonomie Vorgaben machen, wer wo wie investiert. Damit diskreditiert die Kommission die Europaidee. Dabei brauchen wir gerade jetzt Europa mehr denn je. Wir brauchen den Einsatz für offene Märkte, für mehr internationale Freihandelsabkommen. Wie Ceta. Die Aufsetzung scheitert hier an der Ampel. Das ist unverantwortlich für die Exportnation Deutschland.

Man setzt erkennbar auf Umverteilung statt Wachstum. Bestes Negativbeispiel: die Steuerpolitik. Statt zu entlasten, wird kassiert. Hilfen kommen zu spät und gehen am Mittelstand vorbei.

In der Sozialen Marktwirtschaft muss sich Leistung lohnen. Gehälter müssen mit der Inflation Schritt halten. Derzeit wird ein Lohnausgleich vom Staat wegbesteuert. Die Ampel sieht zu. Kassiert. Und verteilt dann um.

Technologieoffenheit statt Ideologie, Eigenverantwortung statt Auflagen – auch für digitale Transformation und Energiewende. Nur dann werden unsere Mittelständler und unser Land ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahren.

So kann immer wieder entstehen, was Ludwig Erhard wollte und möglich machte: „Wohlstand für alle.“

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende



Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Alina Kemper
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Laurence Chaperon

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Firma HelloFresh bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

10



MIT:EDITORIAL

Der Mittelstand braucht einen Befreiungsschlag
von Gitta Connemann MdB

3

MIT:KOLUMNE

Ein seltsames Verständnis von Führung
von Tilman Aretz

8

Wegducken und durchwurschteln, das ist für das wirtschaftlich stärkste und politisch einflussreichste Land Europas zu wenig, meint unser Kolumnist.

MIT:TITEL

KfW-Förderung So lässt die Ampel Eigenheim-Träume platzen

10

Die KfW-Förderpolitik der Bundesregierung ist ein Desaster für Familien, Klima und Mittelstand.

MIT:TITEL

Brüsseler Bürokratie Wie die EU den deutschen Mittelstand gefährdet
Krieg, Corona, Inflation, stockende Lieferketten – ausgerechnet jetzt treibt die EU Dutzende Belastungen voran.

15

15



19

**MIT:INTERVIEW**

mit Mario Czaja

„Die Union ist nicht die Ersatzbank der Ampel“

19

Der CDU-Generalsekretär über die neue Rolle der Union in der Opposition, die Russland-Seilschaften der SPD und notwendige Entlastungen.

26

**MIT:THEMA**

Gegen den Strom

Deutschlands einsamer Kampf gegen die Kernkraft

26

Während andere EU-Staaten auf moderne Reaktoren setzen, hält die Bundesregierung am Ausstieg fest.



28

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

Sollte eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden?

28

Paul Ziemiak und Florian Hahn diskutieren.

MIT:FAKTEN

6, 9

Die Lieferketten-Probleme verschärfen sich, Baustoffe sind knapp und der digitale Bürgerservice fällt durch.

MIT:INSIDE

EU-Check

30

Neumitglieder

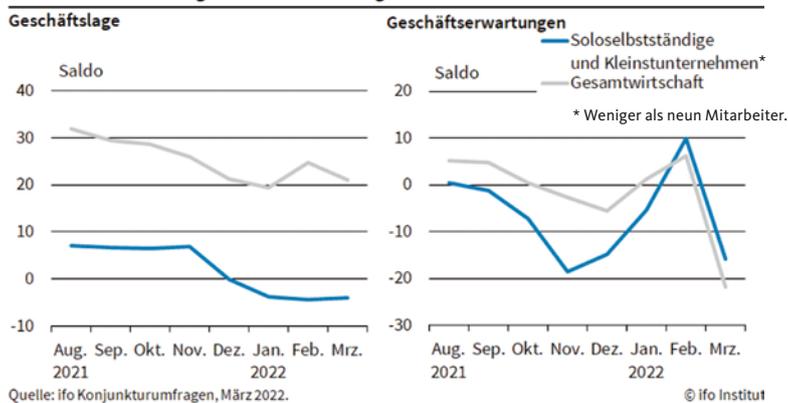
35



Geschäftsklima für Selbstständige stürzt ab

Das Geschäftsklima für Kleinunternehmen und Soloselbstständige ist abgestürzt. Der maßgebliche Jimdo-Ifo-Index sank im März auf minus 10 Punkte, nach plus 2,6 im Februar. Als Grund wird der Ukraine-Krieg angegeben, der zu großer Unsicherheit und niedrigen Zukunftserwartungen geführt habe. Die aktuelle Lage beurteilten die Firmen hingegen im März leicht besser. Dem Geschäftsklimaindex zufolge kündigen zudem immer mehr Kleinunternehmen und Soloselbstständige Preiserhöhungen an. Jeder zweite Selbstständige berichtete von Preiserhöhungsplänen. In der Gesamtwirtschaft sind es allerdings knapp zwei Drittel.

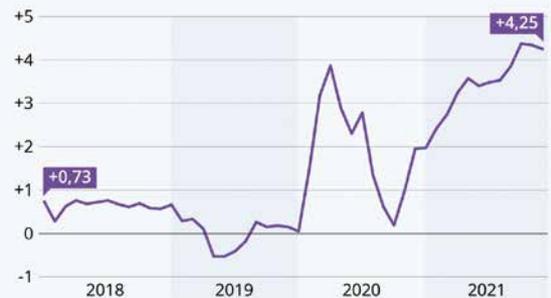
Geschäftsentwicklung der Soloselbstständigen und Kleinunternehmen



Lieferketten-Probleme haben sich verschärft

Lieferketten unter Druck

Globale Lieferkettenstörungen nach dem Global Supply Chain Pressure Index (in Punkten)*



* basierend auf 27 Variablen, u.a. zu Frachtkosten und -nachfrage; Hoher Wert = hohe Störungen; Null-Achse = Durchschnitt 1997 bis 2021
Quelle: Federal Reserve Bank of New York



statista

Die globalen Lieferketten sind seit Pandemie-Beginn unter starken Druck geraten. Laut Daten der Federal Reserve Bank of New York schlug der Index im Frühjahr 2020 besonders stark aus. Zwischen Oktober und Dezember 2021 überschritt der Index erstmals die Vier-Punkte-Marke. Der Ukraine-Krieg und die vereinbarten Sanktionen verschärfen auch nach Erkenntnissen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) die Probleme in den Lieferketten der Weltwirtschaft enorm. Schon in der IHK-Konjunkturumfrage zu Jahresbeginn hätten 84 Prozent der deutschen Industriebetriebe mittlere bis erhebliche Lieferschwierigkeiten gemeldet. In einer Blitzbefragung Mitte März meldeten 60 Prozent der Unternehmen zusätzliche Störungen in der Lieferkette und Logistik als Folge des Krieges.



Neodirigismus führt zu Wohlstandseinbußen

Immer neue staatliche Eingriffe könnten zu erheblichen Wohlfahrtsverlusten führen. Davor warnt die Stiftung Familienunternehmen. Sie fordert eine Grenze für zunehmenden Dirigismus, wenn der Markt versage oder makroökonomische Krisen aus dem Ruder liefen. Die Politik müsse wieder zu einem Konzept zurückkehren, das auf Eigenverantwortung setzt und individuelle Freiheiten schützt. In ihrer Studie betrachten die Autoren die Effizienz staatlicher Eingriffe anhand verschiedener Beispiele und untersuchen, ob man dieselben Ziele nicht mit anderen Mitteln besser erreichen könnte. Ihr Ergebnis: Eine engmaschige Steuerung der Unternehmen führt zu Überforderung, ohne dass die gewünschten Ziele erreicht werden. Preissignale sind die große Stärke der Marktwirtschaft. Staatliche Eingriffe müssen mit der Nutzung marktwirtschaftlicher Prozesse verbunden werden.

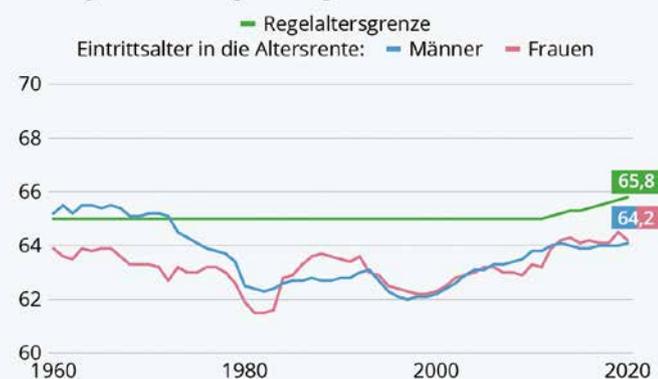
Wieder früher in Rente

Der Abstand zwischen dem durchschnittlichen Renteneintrittsalter und gesetzlicher Regelaltersgrenze hat in Deutschland zuletzt wieder zugenommen. Das zeigt die Grafik auf Basis von Daten des Demografieportals des Bundes und der Länder. Dies hat mit der Anhebung der Regelaltersgrenze ab dem Jahr 2012 zu tun, mit der das tatsächliche Renteneintrittsalter nicht Schritt gehalten hat. So bezogen Männer 2020 mit durchschnittlich 64,1 Jahren erstmals eine Altersrente, Frauen mit 64,2 Jahren. Allerdings erhöhte sich gleichzeitig die Regelaltersgrenze auf 65,8 Jahre. Um das Rentensystem auf den bevorstehenden Renteneintritt der Babyboomer-Generation vorzubereiten, wäre ein stärkerer Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters angeraten.

Wie die Grafik weiter zeigt, lag das durchschnittliche Eintrittsalter meist unter der Regelaltersgrenze. Ein Grund dafür ist die Rentenreform aus 1972, im Zuge derer die Vorruhestands- und Frühverrentungsmöglichkeiten deutlich ausgeweitet wurden. Einen Tiefpunkt erreicht es 1982 mit 62,3 Jahren für Männer und 61,5 Jahren für Frauen. Danach stieg das Zugangsalter wieder an, wozu vor allem die Einführung von finanziellen Abschlägen bei Frühverrentungen ab 1997 beitrug.

Das Renteneintrittsalter – gesetzlich und tatsächlich

Durchschnittliches Eintrittsalter in die Altersrente und gesetzliche Regelaltersgrenze



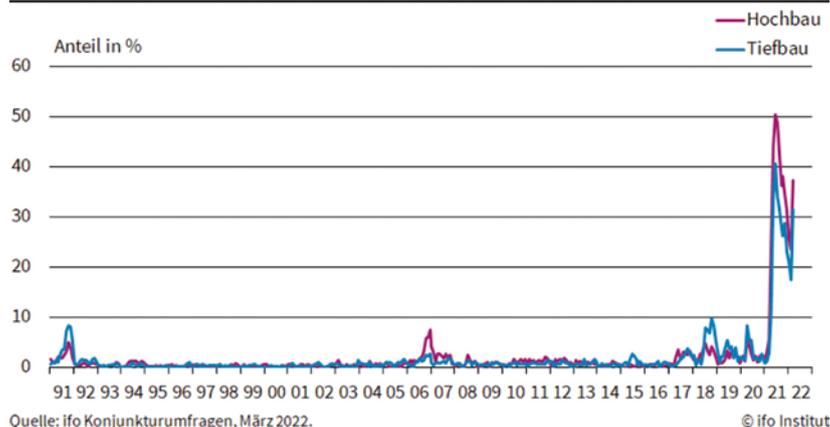
Quelle: Bund-Länder Demografie Portal



statista

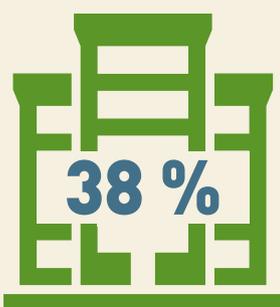
Baustoffe sind weiter knapp

ifo Materialmangel in der Baubranche



Die deutschen Baubetriebe leiden weiterhin stark unter Versorgungsengpässen. Das geht aus Umfragen des Ifo-Instituts im März hervor. Im Hochbau meldeten 37,2 Prozent der Befragten Beeinträchtigungen. Im Februar waren es 23,5 Prozent. Auch im Tiefbau verschlechterte sich die Lage. 31,5 Prozent der Betriebe litten unter Lieferengpässen. Hier lag der Anteil im Februar noch bei 17,5 Prozent. Nach Ifo-Angaben schwanken die Materialpreise für viele Rohstoffe infolge des Ukraine-Krieges deutlich stärker. Zudem würden viele Unternehmen Vorprodukte aus Russland oder der Ukraine beziehen, was die Bauplanung erschwere. Aus diesem Grund wollen viele Unternehmen die Preise erhöhen.

„Angezählt“



38 Prozent der mittelständischen Unternehmer haben schon einmal daran gedacht, ihre Firma aufzugeben. Das zeigen Ergebnisse einer Mittelstandsstudie der „Zeit“. Der Studie zufolge beklagt eine große Mehrheit (82 Prozent) hohe bürokratische Hürden und benennt als konkrete Herausforderung etwa die „inzwischen sehr investitionsfeindliche Politik der letzten Jahre“ oder „die sehr schlechte Infrastruktur in Deutschland“. Nur jeder Fünfte (21 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass der Mittelstand in Deutschland die angemessene gesellschaftliche Anerkennung erhält. Mit den politischen Rahmenbedingungen ist zudem nur jeder sechste Unternehmer (16 Prozent) zufrieden und sogar nur jeder Achte (13 Prozent) bescheinigt Deutschland ein gründungsfreundliches Klima.

Ein seltsames Verständnis von Führung

Von Tilman Aretz



Tilman Aretz (51) ist Chefredakteur von ntv.de, dem Online-Portal des Fernsehsenders N-TV.

Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“, sagte vor Jahren der damalige polnische Außenminister Radosław Sikorski. Seine Worte bekommen durch den Ukraine-Krieg eine dramatische Aktualität. Natürlich würde Kanzler Olaf Scholz einwenden, dass er nicht untätig ist. Sikorski meinte aber etwas anderes als Verzicht auf Passivität. Er sprach von Führung.

Mit Angela Merkel hatte der Pole damals eine Kanzlerin vor Augen, die vielen als zögerlich galt, zu sehr auf Ausgleich bedacht – zu viel Weg, zu wenig Ziel. Die Kritik war berechtigt. Und dennoch: So weit wie heute sind Anspruch und Wirklichkeit im Kanzleramt noch nie auseinandergefallen. Denn wo Merkel noch versuchte, für ihre vorsichtige Politik zu werben, verschwindet Scholz im Nebel einer spärlichen, herablassenden und kryptischen Kommunikation.

Gern weist Scholz darauf hin, dass er Dinge bereits gesagt habe, er bescheinigt sich selbst, dass es „richtig“ sei, was er sage und tue. Dabei spricht er häufig so, dass kaum zu verstehen ist, was er meint.

Wie desaströs Scholz kommuniziert, zeigt der Vergleich zu Robert Habeck. Der erklärt, wie und warum er zu seinen Entscheidungen kommt. Seine Art erleichtert nicht nur das Verständnis, es öffnet auch den Weg zur Kontroverse, die für Politik unerlässlich ist. Und zum Widerspruch. Genau

den will der Kanzler vermeiden. Natürlich könnte sich Scholz auch klar ausdrücken. Aber er hält es nicht für nötig. Und sich selbst gern eine Tür offen.

Diese diffuse Kommunikation verhindert den klaren Austausch. Das ist wohl das Ziel der Übung. Sowohl Grüne und FDP als auch die Müteznichs und Stegners können erklären, dass sie Scholz' Linie unterstützen. So bleibt Raum für Spekulationen, jeder kann hineinlesen, was er will.

Der Kanzler hält das für Führung. Und erklärt stolz, er tue halt nicht, was „diese Jungs und Mädels“ wollen, wie er seine Kritiker aus der Koalition nannte. Mit Blick auf die Verbündeten in NATO und EU verweist er darauf, dass deutsche „Alleingänge“ falsch wären. Beides offenbart ein seltsames Verständnis

von Führung: In der Ampel fällt Scholz eher als Bremser auf. Dabei geht es nicht um die Frage möglichst schneller und umfangreicher Waffenlieferungen. Scholz bremst – wie er es beim Thema Corona-Impfpflicht auch schon getan hat – die Debatte selbst aus, er bereichert sie weder mit Argumenten noch mit einer zielgerichteten Moderation. Genau das aber bedeutet moderne Führung. International wird Scholz als Totalausfall wahrgenommen. Bestenfalls als einer, der mislaunig mitmacht. Trauriger Höhepunkt: Scholz' Reaktion auf die Rede von Wolodymyr Selenskyj im Bundestag. Er schwieg.

Wie soll Deutschland auf den russischen Angriff reagieren? Importstopp gegen Öl und Gas, Panzer liefern, Kiew besuchen? Kluge Antworten sind in der Regel nicht schwarz/weiß. Umso wichtiger wäre es, Scholz würde die Öffentlichkeit an seinen Überlegungen teilhaben lassen, das Ziel benennen, das Ringen um den richtigen Weg erklären und so die Ukraine, die Partner und die Bürger mitnehmen.

Mit der von Scholz versprochenen Führung hat sein Agieren jedenfalls nichts zu tun. Noch verheerender ist der internationale Eindruck. Wegducken und durchwurschteln, das ist für das wirtschaftlich stärkste und politisch einflussreichste Land Europas zu wenig. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Niedriglohnsektor ist Sprungbrett

In Deutschland arbeiten knapp 21 Prozent der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Doch einem großen Teil gelingt der Aufstieg in eine besser bezahlte Tätigkeit. Das zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Betrachtungszeitraum 2011 bis 2019. Zwar hatten 58 Prozent der Geringverdiener nach einem Jahr noch diesen Erwerbsstatus. Doch immerhin stieg knapp ein Viertel in das Segment der Normalverdiener auf – entweder durch einen Stellenwechsel oder weil sie auf der bestehenden Stelle mehr Lohn bekamen. Nach fünf Jahren waren von allen ursprünglichen Geringverdienern lediglich noch 38 Prozent im Niedriglohnsektor beschäftigt und 36 Prozent hatten den Sprung in den Normalverdienst geschafft.

Niedriglohnbeschäftigte: Den meisten gelingt der Aufstieg

Von 100 neu in den Niedriglohnsektor eingetretenen Beschäftigten waren so viele Personen nach ... in diesem Verdienstsegment beziehungsweise hatten diesen Status

	... einem Jahr	... zwei Jahren	... drei Jahren	... vier Jahren	... fünf Jahren
Geringverdiener	45	38	36	33	27
Normalverdiener	31	35	36	40	42
Nicht Erwerbstätige	3	5	5	4	6
Arbeitslose	6	6	6	6	5

Zeitraum: 2011 bis 2019

Rest zu 100: sonstige Erwerbstätige (Selbstständige, Auszubildende, 1-Euro-Jobber, Arbeitnehmer ohne Information zum Lohn), Schüler/Studenten, Rentner

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd



Extraterritorialität

Extraterritorialität oder auch Exterritorialität (von lateinisch „ex territorio“, „ausgenommen vom Staatsgebiet“) ist ein Begriff aus dem Völkerrecht und der Diplomatie. Ursprünglich bezeichnete der Begriff den privilegierten Status eines Diplomaten in einem fremden Staat. Der fremde Staat behandelte den Gast stets so, als würde er sich nicht innerhalb, sondern außerhalb seines Gebietes (extraterritorial) befinden. Somit galt der Diplomat als unangreifbar und unterlag weder der Polizeigewalt noch der Gerichtsbarkeit. Heute unterliegen Diplomaten und ihre Gebäude jedoch grundsätzlich der Rechtsordnung des Empfangsstaates. An die Stelle der Extraterritorialität traten mit der Zeit die Immunität und andere Privilegien. Daher wird der Begriff Extraterritorialität heute nur noch in Bezug auf die Botschaftsliegenschaften selbst verwendet.

Hohe Unzufriedenheit mit digitalem Bürgerservice

Nur 4,4 Prozent der Bundesbürger sind mit den digitalen Serviceangeboten ihrer Bürgerämter richtig zufrieden. In einer Umfrage des Meinungsforschungsunternehmens Civey gaben dagegen 47,6 Prozent der Befragten an, weniger oder gar nicht zufrieden zu sein. Die im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) durchgeführte Befragung zeigt, dass die Deutschen alles andere als verwöhnt sind, wenn es um schnellen, digitalen Service der Behörden geht. „Bei der Digitalisierung muss die Bundesregierung jetzt liefern und Bürger von komplizierten Antragsformularen sowie unnötigen Terminen im Amt – auf die man auch noch ewig warten muss – befreien“, fordert der Geschäftsführer der INSM, Hubertus Pellengahr. „Mehr digitaler Bürgerservice, der seinen Namen auch verdient, würde alle entlasten. Wer Deutschland digital machen will, muss zuerst die Behörden digital machen.“



KFW-FÖRDERUNG

So lässt die Ampel Eigenheim-Träume

Die Bundesregierung hat die Förderung energiesparender Neubauten eingestampft. Damit lässt die Ampel zigtausende Familien und die Bauwirtschaft im Regen stehen – und erweist dem Klimaschutz einen Bären-dienst.



Foto: t16781/stock.adobe.com; M. Schuppich/stock.adobe.com

platzen



Für zahllose bauwillige Bürger spielt sich seit Jahresbeginn ein Drama ab. Im Januar schockte das Klimaministerium von Robert Habeck (Grüne) mit der Nachricht, die KfW-Förderprogramme für energieeffiziente Gebäude zu stoppen. „Mit sofortiger Wirkung“ werde die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) gestoppt, teilte das Ministerium mit. Die Neubauförderung für den Effizienzhaus-55-Standard (EH55) werde endgültig eingestellt. „Die enorme Antragsflut“, so die Erklärung, habe die bereitgestellten Mittel deutlich überstiegen. Mit Blick auf den Haushalt habe die staatliche Förderbank KfW das Programm daher stoppen müssen.

„Unverständlich und nicht akzeptabel ist, dass in einer derartigen Nacht- und Nebelaktion Finanzierungsplanungen über den Haufen geworfen werden.“

Holger Schwannecke, ZDH-Generalsekretär

Neben dem EH55 im Neubau galt der Antragsstopp auch für das EH40 im Neubau sowie für die energetische Sanierung. Über die Zukunft der EH40-Neubauten wolle das Ministerium zügig entscheiden. Die Förderung für energetische Sanierungen solle wieder aufgenommen werden, sobald entsprechende Haushaltsmittel bereitgestellt sind.

Handwerk kritisiert „Nacht- und Nebelaktion“

Besonders fatal: Der EH55-Förderstopp wurde unvermittelt auf den 24. Januar vorgezogen. Dabei sollte das Programm ursprünglich erst am 31. Januar auslaufen. Somit guckten Tausende Bauwillige, die noch in den letzten Tagen Anträge ein-



reichen wollten, in die Röhre. Keine andere Entscheidung der Ampel löste bis dahin ein so großes Entsetzen in der Bevölkerung aus.

Entsprechend scharf war die Kritik: „Die sofortige Einstellung der KfW-Klimaschutzförderungen durch den neuen Klimaschutz- und Wirtschaftsminister ist den Klimaschutzzielen abträglich und geradezu widersinnig“, beklagte Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, den Förderstopp. „Unverständlich und nicht akzeptabel ist, dass in einer derartigen Nacht- und Nebelaktion Finanzierungsplanungen über den Haufen geworfen werden für Projekte, die vielfach sogar bereits beschieden sind.“ Mit dem Stopp sämtlicher energiewirtschaftlicher KfW-Programme drohe die neue Bundesregierung, energieeffizientes Bauen auszubremsen.

Ampelkoalition verspielt Vertrauen

Die MIT-Bundenvorsitzende Gitta Conneemann sprach von einem „schwarzen Tag für Familien, Häuslebauer und das Bauhandwerk“. Dass Kalkulationen von einem Tag auf

den anderen zusammenbrechen würden, sei „ein Desaster für Klima, Familien und Mittelstand.“ Denn viele Familien könnten sich den Traum vom bezahlbaren Eigenheim nur erfüllen, wenn sie Gebäude sanieren und Energiekosten einsparen. „Dabei kommt es auf jeden Cent an – auch wegen immer höherer Baustoffpreise“, sagte Conneemann. „Darüber hinaus erweist Minister Robert Habeck dem Klima einen Bärendienst, wenn er ausgerechnet beim klimaneutralen Bauen den Rotstift ansetzt.“

CDU-Chef Friedrich Merz monierte: „Viele Betroffene können jetzt nicht bauen und bleiben stattdessen auf den Planungs- und Vorbereitungskosten sitzen.“ Bei vielen mittelständischen Unternehmen würden die Aufträge storniert. „So verspielt Politik Vertrauen.“

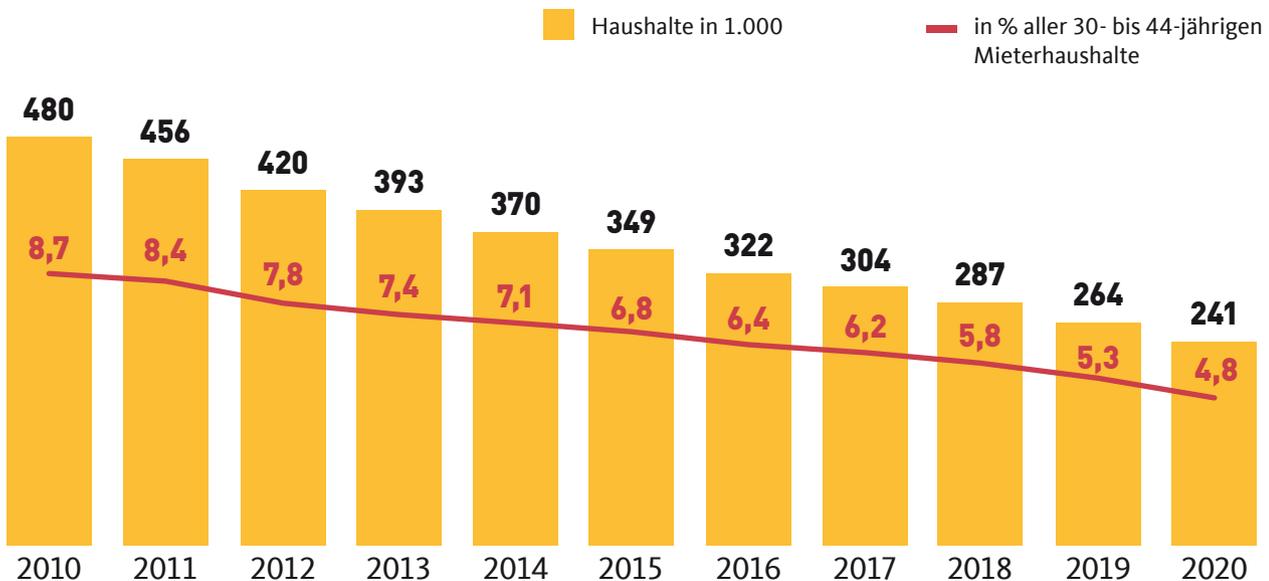
Kritik kam ebenso von Verbraucherschützern und aus der eigenen Koalition. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) kündigt an, „so schnell es geht Klarheit“ schaffen zu wollen.

Deutlich schlechtere Konditionen

Die Protestwelle zeigte Wirkung: Nur eine Woche nach dem Förderstopp folgte die Kehrtwende der Koalition. Anträge, die vor der Notbremse am 24. Januar gestellt wurden, wurden noch nach den alten Kriterien bearbeitet. Allerdings gingen die Hausbauer leer aus, die in der letzten Januarwoche noch einen Förderantrag stellen wollten.

Anfang April gab Minister Habeck schließlich bekannt, dass die Förderung für EH40-Neubauten wieder aufgenommen werde – allerdings zu deutlich schlechteren Konditionen. Die Fördersätze werden halbiert und die

Chance auf Wohneigentum sinkt
30- bis 44-jährige Mieterhaushalte in Deutschland, die sich rechnerisch Wohneigentum leisten können



Quelle: empirica via LIS



Viele Familien können sich den Traum vom bezahlbaren Eigenheim nur erfüllen, wenn sie Gebäude sanieren und Energiekosten einsparen.

Anforderungen erhöht. Das Ministerium begründete dies damit, dass möglichst viele Antragsteller eine Förderung erhalten sollen. „Während die Preise überall explodieren, halbiert die Ampel die Förderung für das Eigenheim. Das ist der zweite Schlag für Familien und Bauherren nach dem Vertrauensbruch im Februar“, kritisierte MIT-Chefin Connemann.

Debakel mit Ansage

Konkret heißt das am Beispiel EH-40: Wer bisher einen Förderkredit von maximal 150.000 Euro beantragen und mit einem Tilgungszuschuss von maximal 30.000 Euro rechnen konnte, wird künftig mit maximal 15.000 Euro gefördert. „Der Traum von Eigenheim – für viele ist er jetzt endgültig geplatzt. Es ist schwer zu begreifen, wieso die Ampel-Regierung Familien und Bauherren bei der dringend notwendigen Eigentumsbildung derart den Weg verbaut“, so Connemann. Es sei daher zu erwarten, dass die Fördermittel schnell ausgeschöpft seien.

So kam es dann auch: Nur wenige Stunden nach dem Neustart am 20. April war der auf eine Milliarde Euro gedeckelte Fördertopf bereits ausgeschöpft. Die Nachfrage war so hoch, dass noch am gleichen Tag erneut ein Antragsstopp verhängt werden musste. Zwar hatte auch Habecks Ministerium mit einer hohen Nachfrage gerechnet. Dass die Mittel aber so schnell erschöpft waren, war dem Vernehmen nach nicht erwartet worden.

Energieeffizienzklassen

Für energiesparende Gebäude gibt es einen Standard, der zur Orientierung dient: die Effizienzhaus-Stufe. Sie gibt an, wie energieeffizient ein Gebäude ist. Der Standard setzt sich aus dem Gesamtenergiebedarf und der Wärmedämmung zusammen. Das wird mit den Werten Primärenergiebedarf und Transmissionswärmeverlust angegeben. Für die sogenannten Energieeffizienzklassen gilt: Je kleiner die Zahl, desto energieeffizienter ist ein Gebäude.

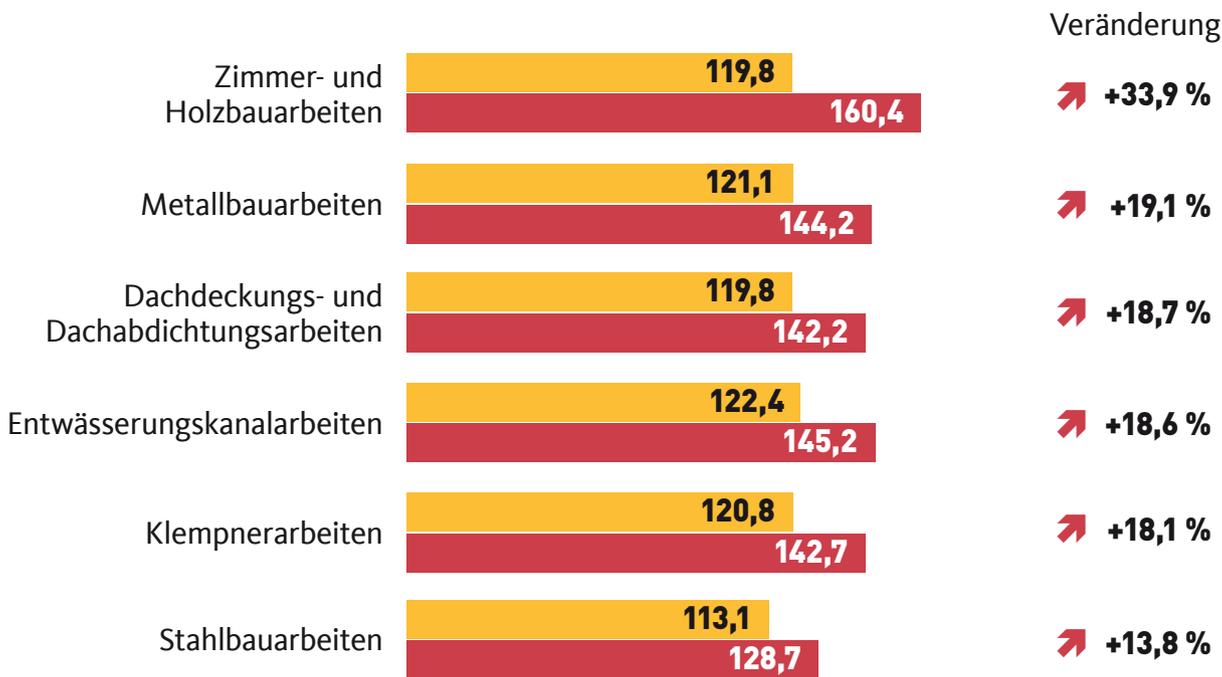
Effizienzhaus-Stufe 40 (EH40) bedeutet, dass ein nach diesem Standard gebautes Gebäude nur 40 Prozent der Energie verbraucht, die ein vergleichbarer Neubau benötigt. Dieser geringere Energieverbrauch ergibt sich aus verbessertem Wärmeschutz, Dach- und Bodenplattendämmung. Das Haus muss luftdicht sein und regenerative Energien nutzen. Dies kann eine Kombination aus Solaranlage, Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung und Holzpellets sein.

Bauen wird deutlich teurer

Preisindizes für ausgewählte Arbeiten beim Neubau von Wohngebäuden
(in konventioneller Bauart einschl. Umsatzsteuer; 2015 = 100)

■ Februar 2021

■ Februar 2022



Quelle: Statistisches Bundesamt

Wie geht es weiter?

Die gestoppte EH40-Förderung war die erste Stufe in einem neuen Konzept des Wirtschaftsministeriums. Die zweite Stufe sieht anspruchsvollere Konditionen bei der Neubauförderung im Programm „EH40-Nachhaltigkeit“ vor. Das Programm ermöglicht eine Neubauförderung nur noch in Kombination mit dem Qualitätssiegel „Nachhaltiges Gebäude“. Damit solle „ein klares Signal für die Neuausrichtung hin zu nachhaltigem Bauen gesetzt“ werden, so das Ministerium. Das Programm läuft bis Ende des Jahres.

Von Januar 2023 ist dann eine dritte Stufe geplant. Das Programm „Klimafreundliches Bauen“ soll die Treibhausgas-Emissionen der Gebäude stärker in den Fokus stellen. Die genaue Ausgestaltung steht noch aus.

Ob die neue Förderpolitik den Wohnungsbau in Deutschland voranbringen kann, ist fraglich. Nach Berechnungen des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie könnten Neubauten im EH55-Standard ohne die Förderung um rund zehn Prozent teurer werden. Kalt-Mieten von Häusern,

„Es ist schwer zu begreifen, wieso die Ampel-Regierung Familien und Bauherren bei der dringend notwendigen Eigentumsbildung derart den Weg verbaut.“

Gitta Connemann, MIT-Vorsitzende

denen die Zulage gestrichen wurde, könnten um durchschnittlich 1,50 Euro pro Quadratmeter steigen.

Die MIT und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion forderten die Regierung zu mehr Verlässlichkeit für Bauwillige auf. „Gerade jetzt müsste die Ampel die Förderung mit höchster Priorität voranbringen“, sagte der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Andreas Jung. „Doch nachdem das Vertrauen der Menschen durch den abrupten KfW-Förderstopp schon beschädigt wurde, werden sie jetzt wieder enttäuscht.“



Hubertus Struck
CvD/Redakteur
struck@mit-bund.de

BRÜSSELER BÜROKRATIE

Wie die EU den deutschen Mittelstand gefährdet



Die Pandemie-Folgen sind noch nicht verdaut, da erschüttert der Ukraine-Krieg Europa. Weltweit liegen Lieferketten brach, Millionen Betriebe und Bürger fürchten um ihre Existenz. Ausgerechnet jetzt treibt die Europäische Union Dutzende Belastungen voran.

Krieg, Corona, Inflation: Die europäische Wirtschaft schlittert nach Ansicht vieler Ökonomen in eine Rezession. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die deutschen Wirtschaftsweisen haben ihre Wachstumsprognosen bereits kräftig nach unten korrigiert. „Durch den Krieg werden die wegen der Corona-Pandemie bereits angespannten Lieferketten zusätzlich beeinträchtigt. Gleichzeitig belasten die nochmals kräftig gestiegenen Preise für Erdgas und Erdöl die Unternehmen und den privaten Konsum“, erklärt der Wirtschaftsweise Achim Truger.

MIT legt „EU-Giftliste“ vor

Doch statt die Wirtschaft in dieser Phase zu entlasten, hagelt es aus Brüssel neue Richtlinien, Gesetze und Verordnungen. Lieferkettengesetz, CSR-Richtlinie (Corporate Sustainability Reporting Directive) und Taxonomie sind nur drei von insgesamt 47 geplanten EU-Regulierungen, die die MIT in einer „Giftliste“ zusammengetragen hat.

Doch wie diese Vorhaben praktisch angewendet werden sollen, daran scheint in Brüssel kaum jemand zu denken. Die EU lässt ihre gesamte Regulierungswut am Mittelstand aus. Das führt dazu, dass wertvolle Zeit und Ressourcen für Dokumentations- und Berichtspflichten in Anspruch genommen werden. Vor allem kleine Unternehmen können diese schlicht nicht aufbringen.

„Der Vorschlag der Europäischen Kommission übertrifft die Befürchtungen.“

Markus Pieper, Sprecher des PKM Europe

EU-Lieferkettengesetz bringt Bürokratie

Das wird besonders am Beispiel der Lieferketten deutlich: Ein mittelständisches Unternehmen des Maschinenbaus stellt komplexe Produkte her und hat häufig mehrere Hundert Lieferanten aus der gesamten Welt. Ein Auto setzt sich beispielsweise aus rund 10.000 Einzelteilen zusammen. Diese bestehen wiederum aus unterschiedlichsten Materialien. Wenn es nach dem geplanten EU-Lieferkettengesetz geht, sollen Unternehmen für jedes

einzelne dieser Teile die gesamte Lieferkette offenlegen und kontrollieren. Jeder Zulieferer bis hin zum Rohstoff muss vorgegebene Sorgfaltspflichten erfüllen. So enthält der Vorschlag zum Lieferkettengesetz weitreichende Regelungen zu Sorgfaltspflichten, die

sich vom Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette erstrecken. Dies schließt auch Pflichten von Mitgliedern der Geschäftsleitung ein. Neben behördlichen Sanktionen bei Verstößen gegen Menschen- und Umweltrechte ist dabei auch eine zivilrechtliche Haftung vorgesehen.

14.000 deutsche Betriebe betroffen

„Der Vorschlag der Europäischen Kommission übertrifft die Befürchtungen“, stellt der CDU-Europaabgeordnete und Sprecher des Parla-

mentskreises Mittelstand Europe (PKM Europe), Markus Pieper, fest. „Mit seinem Anwendungsbereich für Betriebe mit mehr als 500 Mitarbeitern, beziehungsweise 250 Beschäftigten in Hochrisikosektoren, geht der Vorschlag weit über den Betroffenenkreis des deutschen Sorgfaltspflichtengesetzes hinaus. Zusätzlich zu den ab 2024 vom deutschen Lieferkettengesetz betroffenen 2.900 Betrieben müssen nunmehr potentiell bis zu 14.000 Betriebe in Deutschland ihre Betroffenheit prüfen und für ihre gesamte Wertschöpfungskette Rechenschaft ablegen.“

Die Dokumentations- und Aufbewahrungsbürokratie erstreckt sich dabei über Jahrzehnte. Und die Pflicht geht über den EU-Raum hinaus: Die Prüfung soll die gesamte Wertschöpfungskette erfassen. Sie ist also nicht nur auf direkte Vertragspartner beschränkt, sondern umfasst auch Lieferanten und nachgelagerte Kunden. Was das für Unternehmen bedeutet, erläutert Peter Adrian, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK): „Komplexe Lieferketten bestehen oft aus mehreren Hundert oder sogar Tausenden Betrieben weltweit. Das deutsche Unternehmen kennt dann jedoch in der Regel nur den direkten Zulieferer.“



„Die Europäische Kommission verliert mit dem Vorschlag Maß und Mitte völlig aus dem Blick. Dies gilt für Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen.“

Markus Ferber, Ko-Sprecher des PKM Europe

Vorschläge, wie Unternehmen diese Anforderungen konkret umsetzen sollen, liefert die EU nicht.

Jede natürliche oder juristische Person kann jeden Verdacht einer Pflichtverletzung von einem Unternehmen bei Behörden bei „substantiiertes Annahme“ anzeigen. Es ist gerade für mittelgroße Unternehmen praktisch unmöglich, diese Pflichten einzuhalten, wenn Rohstoffe aus Drittländern importiert werden. Aufgrund niedriger Schwellenwerte (250 Mitarbeiter, 40 Millionen Euro Umsatz oder 20 Millionen Euro Bilanz) im Lebensmittelsektor werden auch Handwerksunternehmen hiervon betroffen sein. Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette lassen sich alleine schon aus betriebspraktischen Gründen nicht darstellen. Schon Sorgfaltspflichten über die erste Zulieferstufe hinaus sind illusorisch.

Entwurf schwächt Wettbewerbsfähigkeit

MIT-Vorstandsmitglied Pieper befürchtet, dass der Entwurf der EU-Kommission „der Weitergabe von Verantwortlichkeiten großer Unternehmen an mittelständische Betriebe Tür und Tor öffnet“. Er kritisiert zudem, dass die Mitgliedsstaaten si-

cherstellen sollen, dass Unternehmen mittels einer zivilrechtlichen Haftung für potentielle Schäden aufkommen sollen. „Das ist einfach unverhältnismäßig und wird globale Lieferketten auch zum Nachteil armer Regionen kappen“, sagt Pieper.

Markus Ferber (CSU), Ko-Sprecher des PKM Europe und wirtschaftspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, fügt hinzu: „Die Europäische Kommission verliert mit dem Vorschlag Maß und Mitte völlig aus dem Blick. Dies gilt für Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie für die Leistungsfähigkeit von Unternehmen. Länder wie China, die bei Menschenrechts- und Umweltfragen nicht so hohe Standards ansetzen, werden in Entwicklungs- und Schwellenländern gerne in die Bresche springen. Zum Nachteil des deutschen Mittelstands.“

CSR-Richtlinie bringt weitere Bürokratie

Weiteren Bürokratieaufwand bringt auch die geplante CSR-Richtlinie der EU mit sich. Diese verlangt, dass Unternehmen ab 2023 einen Nachhaltigkeitsbericht in ihren Lagebericht aufnehmen müssen. Diese nicht-finanzielle Berichterstattung soll Transparenz in Bezug auf nachhaltiges Handeln der Unternehmen gewähren.

Bisher waren in Deutschland geschätzt 500 Unternehmen berichtspflichtig. In Zukunft sollen auch Mittelständler ab 250 Mitarbeitern zur Dokumentation verpflichtet sein, was die Zahl der betroffenen Unternehmen um ein vielfaches erhöht. Bisher galt die Pflicht nur für große kapitalmarktorientierte Unternehmen, Kreditinstitute und Versicherungen. Der Umfang der Berichtspflicht wird durch die Richtlinie ebenfalls erheblich erweitert. All dies führt zu weiterem Bürokratieaufwand, vor allem für Mittelständler.

Ziel der Berichtspflicht ist die vollständige Offenlegung von Unternehmensaktivitäten in Bezug auf Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft. Konkret bedeutet dies, dass zentrale Strategien, Maßnahmen und Fortschritte dokumentiert werden müssen.

Darüber hinaus plant die Kommission, die Vergütung von Führungskräften anhand ihres Beitrags zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu bemessen. Das sieht MIT-Vorstandsmitglied Ferber kritisch: „Operationelle und finanzielle Risiken sind für eine nachhaltige Geschäftstätigkeit ebenso wichtig wie Umwelt- und Menschenrechtsfaktoren. Diese gegeneinander auszuspielen oder bestimmte Faktoren zu bevorzugen, ist nicht zielführend und lässt leicht vergessen, dass eine Geschäftsidee zwar menschen- und umweltfreundlich, jedoch aus wirtschaftlicher Sicht schlicht unrentabel und damit nicht marktfähig sein kann.“

die Taxonomie mehr Investitionen in Technologien und Unternehmen lenken, die von der EU als nachhaltig eingeordnet werden.

Neben dem enormen bürokratischen Aufwand für Unternehmen ist vor allem die Klassifizierung an sich umstritten. Denn

„Operationelle und finanzielle Risiken sind für eine nachhaltige Geschäftstätigkeit ebenso wichtig wie Umwelt- und Menschenrechtsfaktoren.“

Markus Ferber, Ko-Sprecher des PKM Europe

Bereits jetzt gibt es Compliance-Fragen. Denn bis Ende 2022 muss die Richtlinie in nationales Recht umgesetzt sein. Die Unternehmen sollen bereits ab dem Jahr 2023 der Dokumentations- und Berichtspflicht nachkommen. Die Kürze des Vorlaufs erscheint gerade für den Mittelstand nicht realistisch.

EU-Taxonomie lenkt Wirtschaft

In eine ähnliche Richtung wie die CSR-Richtlinie steuert auch die Taxonomie. Die Taxonomie durch die EU ist allen voran eins: ein Klassifizierungsinstrument. Dabei geht es darum, Unternehmen und deren Aktivitäten danach zu kategorisieren, ob sie „grün“ sind oder nicht. Als Teil des 2018 vorgestellten „Aktionsplans zur Finanzierung von nachhaltigem Wachstum“ soll

diese Form der gelenkten Wirtschaft hat wenig mit Sozialer Marktwirtschaft gemein. Während Unternehmer stets an Innovationen arbeiten möchten, die ihr Unternehmen zukunftsorientiert voranbringen, werden sie damit beschäftigt sein, etliche Dokumentationspflichten zu erfüllen. Darauf basierend entscheidet dann die EU, wie sozial und nachhaltig ein Unternehmen einzustufen ist.

Was die Taxonomie weiterhin mit sich bringt, sind zusätzliche Berichts- und Informationspflichten für alle Unternehmen. Groß und klein. Unternehmen müssen in Zukunft nachweisen, dass ihre wirtschaftlichen Aktivitäten mit mindestens einem der sechs Umweltziele der EU vereinbar sind. Die Umweltziele, die nach der EU-Richtlinie gefördert werden müssen, reichen von der Verhinderung des Klimawandels und der Vermeidung der Umweltverschmutzung bis hin zur Wiederherstellung der Biodiversität. Gleichzeitig

darf bei der Erfüllung eines Umweltziels kein anderes beeinträchtigt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass durch eine gesetzliche Verknüpfung auch der Anwendungsbereich der Taxonomie-Verordnung automatisch auf Mittelständler erweitert würde. Das starre Klassifikationsschema der Taxonomie-Verordnung, wonach Wirtschaftstätigkeiten technokratisch-willkürlich in „grün“ und „nicht-grün“ unterteilt werden sollen, hat gravierende Auswirkungen auf die Attraktivität von Unternehmen auf den Finanzmärkten – und damit erheblichen Einfluss auf ihren Zugang zu Investitionskapital.

Nicht die Zeit für Zusatzlasten

Alle in der „EU-Giftliste“ aufgeführten Richtlinien und Verordnungen führen dazu, dass die EU-Länder einen Wettbewerbsnachteil im globalen Markt erfahren. Es erfolgt eine Entkopplung der Erfolgsfaktoren im internationalen Vergleich.

Der Schutz der Menschenrechte ist Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Wirtschaft. Die Verantwortung liegt auf beiden Seiten. Dabei muss jedoch auch die Praktikabilität beachtet werden. Unternehmen sollten nur für die Bereiche der Wertschöpfungskette haftbar gemacht werden, auf die sie unmittelbar Einfluss haben. Klar sein muss, dass die Verfolgung der Ziele der Richtlinien nicht zu Lasten des Mittelstandes fallen darf.

Der Krieg in der Ukraine zeigt, dass Unternehmen selber soziale und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Und das freiwillig. Unternehmen unterstützen ukrainische Partner und setzen klare Zeichen gegen die russische Invasion. Zusätzliche Regulierungen sind in Zeiten wie diesen schlichtweg nicht angebracht. ●



Alina Kemper
Redakteurin
kemper@mit-bund.de



„Die Union ist nicht die Ersatzbank der Ampel“

CDU-Generalsekretär Mario Czaja spricht im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über die neue Rolle der Union in der Opposition und die Russland-Seilschaften der SPD. Die Ampel fordert er auf, endlich eine Energiestrategie vorzulegen. Dazu gehört für ihn auch, eine Laufzeitverlängerung der Kernkraft ideologiefrei zu prüfen.

Herr Czaja, wo würden Sie sich selbst politisch im breiten Spektrum der Volkspartei CDU einordnen?

Czaja: Ich halte wenig von Schubladendenken. Mir geht es um die Sache und die Frage, wie man bei einem bestimmten Problem zu der besten Lösung kommt. Als Generalsekretär sehe ich meine Aufgabe darin, die verschiedenen Perspektiven in unserer Partei zusammenzubringen und die Breite unserer Partei sichtbar zu machen. So sind wir auch bei der Besetzung der Fachkommissionen im Grundsatzzprogrammprozess vorgegangen: Es ging dort weniger

um die Frage, für welche Seite man sich einbringt, sondern um die Ideen und Vorschläge der einzelnen Menschen.

Gibt es eine Überschrift oder ein Hauptthema, dem Sie sich widmen wollen? Also: Generalsekretär Czaja in einem Satz?

Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass die CDU zu neuer Stärke findet. Ich sehe mich als Teammanager.

Das dominierende Thema ist der Krieg in der Ukraine. Die Ampel verlangt in der Krisensituation von der Union Konsens. Wieviel Kritik ist in so einer Situation erlaubt?

Friedrich Merz hat das gut umrissen, indem er gesagt hat: In einer solchen Zeit gucken wir nicht auf das Kleinklein, sondern darauf, ob die große Linie stimmt. Aber gerade da sehen wir bei der Bundesregierung zunehmend Schwierigkeiten. Die zögerliche Haltung des Bundeskanzlers beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine hat dem Ansehen Deutschlands geschadet und hätte uns fast in der Europäischen Union isoliert. Die Unionsfraktion hat Druck gemacht. Zum Glück hat man dann in der Bundesregierung ein Einsehen gehabt und ist auf unseren Kurs umgeschwenkt. Wir werden aber bei der Ausgestaltung konkreter Gesetzesvorhaben bei diesem Thema weiterhin eine große Kom-

auch. Eine Regierung, die für ihre Vorhaben keine eigene Mehrheit im Parlament aufbringen kann, verliert ihre Legitimation. Die Union ist nicht die Ersatzbank der Ampel.

Die SPD hat offenbar eine besondere Nähe zu Putin. Müsste die CDU darauf stärker hinweisen?

Die Seilschaften, die sich da auf tun, sind besorgniserregend. Bundeskanzler Scholz und die Parteiführung der SPD müssen dringend aufklären, inwiefern der Kreml direkten Einfluss auf die Regierungsarbeit der SPD genommen hat. Dass Gerhard Schröder auch jetzt noch zu dem Kriegsverbrecher Putin hält, ist enttäuschend und erschreckend. Leider liegt der Verdacht nahe, dass er seinen Einfluss bei weiteren SPD-Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen geltend machen können. Wir brauchen eine Aufklärung im Konkreten darüber, inwieweit beispielsweise die Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern sich direkt in eine Rede hinein diktieren lassen hat, was Gazprom gerne gesagt haben wollte.



promissfähigkeit zeigen. Das gebietet unsere staatspolitische Verantwortung. Am Ende dürfen die Autokraten nicht schmunzelnd und hämisch lächelnd über die Demokratien gewinnen.

Heißt das dann, dass man trotzdem der Koalition eine Abstimmungsniederlage beibringen kann, wenn sie keine eigene Mehrheit hat?

Grundsätzlich gilt: Wir stimmen in der Sache zu, wenn wir überzeugt sind, und dagegen, wenn wir etwas anderes für besser halten. Das gilt in einer Krise genauso wie sonst

Müsste Manuela Schwesig zurücktreten?

Wenn sich die Vorwürfe so bewahrheiten, und vieles davon hat sich ja bewahrheitet, dann hätte sie ihrem Amt großen Schaden zugefügt.

Also ja?

Noch müssen die Vorwürfe gegen sie aufgeklärt werden. Aber eine Ministerpräsidentin, die sich durch einen ausländischen Staat fremdsteuern lässt, ist nicht tragbar.

Beim Gasembargo ist die Union vielstimmig: Einige sind dafür, andere strikt dagegen. Wo stehen Sie?

Deutschland muss jetzt alle Schritte unternehmen, um schnell von russischen Energieimporten unabhängig zu werden. Das geht bei Öl und Kohle schneller als beim Gas. Wir dürfen unsere eigene wirtschaftliche Stabilität nicht zerstören. Denn sie ist die Grundlage dafür, dass wir dauerhaft helfen können, sowohl in der Ukraine beim Wiederaufbau des Landes, aber auch bei der Versorgung der hier angekommenen Flüchtlinge.

Auch wenn das bedeutet, dass wir weiterhin Putins Krieg finanzieren?

Momentan finanziert Putin seinen Krieg aus angesparten Mitteln. Der Krieg war höchstwahrscheinlich schon lange vorbereitet. Für uns gilt es abzuwägen: Unsere Strafmaßnahmen müssen Putin schwächen, sie dürfen nicht zum Bumerang werden und vor allem nicht die Bürger der EU treffen. Wirtschaftskraft ist kein Wert für sich. Wenn sie aber völlig verloren geht, riskieren wir soziale Konflikte in unserem Land, die dann auch gerade zu Lasten der ökonomisch Schwächeren gehen. Trotzdem: Es müssen jetzt alle weiteren Schritte unternommen werden, um in Energiefragen von Russland unabhängig zu wer-

den. Dazu müssen Flüssiggasterminals geschaffen werden und dazu gehört die Frage, wie wir aus anderen Ländern entsprechende Energielieferungen bekommen.

Reichen die Ampel-Pläne zur baldigen Energieunabhängigkeit aus?

Die Ampel hat bislang kein klares Konzept auf den Tisch gelegt, wie die Energiesicherheit in Deutschland hergestellt werden soll. Alle demokratischen Parteien sind sich einig, dass wir unabhängig werden wollen. Aber ab wann glaubt die Bundesregierung, wird es so weit sein? Was bedeutet das für die bestehenden Kernkraftwerke? Was bedeutet das für die Nutzung von heimischen Rohstoffen? Welche Auswirkungen hat das auf Kohleverstromung? Wir haben dazu klare Forderungen aufgestellt, wo wir Klarheit wollen. Die Antworten haben wir bislang noch nicht bekommen.

Die Wirtschaft, Energieexperten und die MIT fordern, unsere Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, um CO₂-freien und grundlastfähigen Strom zu produzieren. Alle Umfragen zeigen eine Mehrheit dafür. Warum bekennt sich die Union nicht klar dazu?

Die Haltung der CDU ist klar: Wir wollen, dass ideologiefrei alle möglichen Maßnahmen zur Sicherung unserer Energieversorgung geprüft werden. Dazu gehört auch die temporäre Verlängerung der Laufzeiten der noch betriebenen Kernkraftwerke. Wir können uns das vorstellen. Wir erwarten



Weit hat es der CDU-Generalsekretär nicht bis zu seinem neuen Dienort. Das Konrad-Adenauer-Haus in Berlin-Mitte und Czajas Wohnort in Berlin-Mahlsdorf trennen rund 20 Kilometer. Nach der Wende begann er sich politisch zu engagieren, erst in der Bezirksverordnetenversammlung und dann im Berliner Abgeordnetenhaus. Seine Wahlkreise gewann er meist direkt.

„Die zögerliche Haltung des Bundeskanzlers beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine hat dem Ansehen Deutschlands geschadet.“

von der Bundesregierung, dass sie dies ehrlich prüft. Es gibt viele offene Fragen: Sind ausreichend Brennstäbe vorhanden, um die Kernkraftwerke länger zu betreiben? Haben wir die Sicherheitsbehörden, haben wir das Personal, um die Sicherheit auch in den bislang nicht geplanten Jahren zu gewährleisten? Diese Fragen muss die Regierung beantworten. Das Zeitfenster zu handeln, schließt sich. Ich beobachte mit Sorge, dass auch diese Frage wegen großer Uneinigkeit zwischen den Ampelparteien verschleppt wird.

Die MIT fordert ein „Krisensonderplanungsrecht“, um die dringend notwendigen Flüssiggas-Terminals innerhalb eines Jahres fertigzustellen. Das würde aber weniger Bürgerbeteiligung, Umweltverträglichkeitsprüfungen und

Mario Czaja hält Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig wegen der Enthüllungen zu Nord Stream 2 nicht mehr des Amtes würdig: „Eine Ministerpräsidentin, die sich durch einen ausländischen Staat fremdsteuern lässt, ist nicht tragbar.“



„Eine Regierung, die für ihre Vorhaben keine eigene Mehrheit im Parlament aufbringen kann, verliert ihre Legitimation.“

Einspruchsmöglichkeiten bedeuten. Wären Sie für so eine Planungsbeschleunigung?

Ich halte das für richtig, nicht nur in der Krise. Deutschland hat beim Thema Planung ein strukturelles Problem. Und es werden dadurch Folgeprobleme geschaffen. Durch die lange Zeit, die etwa zur Planung einer Brücke gebraucht wird, werden unökologische und unökonomische Verkehrsstaus und Umleitungen erzeugt. Die Genehmigungsverfahren für Schul-Neubauten brauchen länger als die eigentliche Bauzeit. Gerade aktuell sorgt das dafür, dass wir jetzt, wo aus der Ukraine ankommende Kinder und Jugendliche Schulen und Kitas brauchen, keine Einrichtungen zur Verfügung stehen. Ich wünsche mir ein beschleunigtes Planungsrecht, wie wir das übrigens nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern an vielen Stellen konnten. Sonst wäre die Infrastruktur ja nicht so schnell so vorgegangen. Wir brauchen ein beschleunigtes Planungs-

recht, ein sehr verkürztes Einspruchsrecht und Sonder-Kammern der Gerichte, die schnelle Entscheidungen herbeiführen.

Die CDU hat sich für einen Belastungs-Stopp ausgesprochen, aber überall gibt es neue Regulierungen. Müsstest du als Union nicht generell ablehnen?

Ja, das sollten wir und das werden wir auch. Wir werden das über Bundesratsinitiativen beziehungsweise über die Einspruchsmöglichkeiten im Bundesrat begleiten. Und wir müssen es mit der EVP-Fraktion im Europaparlament noch stärker abstimmen. Ein Großteil der auf uns zukommenden Regularien ist europäischer Natur. Deswegen ist das Belastungsmoratorium nicht nur ein nationales, sondern auch ein europäisches Thema.

Was ist Ihr Versprechen an den Mittelstand in dieser schwierigen Zeit?

Wir haben klare Vorschläge unterbreitet, wie man unbürokratisch Energiekosten senkt, indem man die Steuern auf Energie senkt. Das ist das unbürokratischste Vorhaben. Dafür muss man kein Tankbon-Verfahren einführen, wie sich das Christian Lindner vorgestellt hat. Der Staat verdient an



den Preissteigerungen an vielen Stellen mit. Diese Preissteigerungen müssen unmittelbar durch Steuersenkung zurückgegeben werden. Das ist das erste und schnellste Versprechen, das wir geben können. Zweitens: Wir werden darauf achten, dass es keine zusätzlichen Belastungen gibt, gerade weil die steigenden Energiekosten ein großes Problem sind. Drittens: Eine schnelle Registrierung der angekommenen Flüchtlinge bedeutet auch, dass eine schnellere und bessere Integration in den Arbeitsmarkt für die möglich wäre, die jetzt schon in Arbeit gehen wollen. Das hilft sicherlich auch dem ein oder anderen Unternehmen, das händeringend nach Arbeitskräften sucht.

In der CDU gibt es die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht, also ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr. Was halten Sie davon?

Die Debatte tut der Union gut. Es ist wichtig, dass wir eine Position dazu finden, wie eine stärkere Verbindung zwischen der gesamten, auch jüngeren Gesellschaft und dem Staat möglich ist. Ich bin dafür, dass wir das freiwillige Dienstjahr aufwerten und noch mehr fördern: indem es stärker anerkannt wird bei Wartesemestern oder dem Numerus Clausus bei der Studienplatzvergabe, indem der freiwillige Dienst auf die Rentenpunkte angerechnet wird oder indem es Vorteile in Bafög-Verfahren dazu gibt. Da kann ich mir ganz vieles vorstellen. Ich bin kein großer Freund von Zwangsmaßnahmen, weil ich glaube, dass ein Dienstjahr eben auch gerade in seiner Freiwilligkeit einen besonderen Charme hat. Ich weiß aber, dass es auch viele in der Union gibt, die das verpflichtende Dienstjahr favori-

sieren. Wir werden auf dem nächsten Parteitag eine spannende Diskussion dazu erleben.

Eine Ihrer ersten öffentlichen Äußerungen als Generalsekretär war ein klares Bekenntnis zur Frauenquote. Die MIT, auch die meisten Frauen in der MIT, sind dagegen. Die Union war sonst immer gegen Identitätspolitik. Warum soll jetzt auf einmal das Wahlrecht in Parteigremien eingeschränkt werden?

Erstens ist Frauenförderung keine Identitätspolitik und zweitens war es ein klares Plädoyer zu dem einstimmig im CDU-Bundesvorstand beschlossenen Vorschlag der Struktur- und Satzungscommission. Da haben auch die Mitglieder der MIT im Bundesvorstand zugestimmt...

... die haben die Frauenquote aber in der Struktur- und Satzungscommission abgelehnt.

Die Widerstände der MIT sind bekannt. Ich respektiere sie, teile sie aber nicht. Die Struktur- und Satzungscommission hat einen mit großer Mehrheit beschlossenen Kompromiss gefunden, der vom Bundesvorstand der CDU einstimmig mitgetragen wird. Aber unabhängig davon: Ich halte die Frauenquote für ein gutes Instrument, um Frauen und Männer gleichermaßen in der politischen Gestaltung einzubinden. Diesen Weg hat der Bundesvorstand beschlossen, auch weil alle anderen Maßnahmen der Vergangenheit nicht oder nur unmaßgeblich gewirkt geführt haben.

In vielen Führungsgremien sind die Frauen schon stärker vertreten als in der Mitgliedschaft. Insofern gibt es ja gar keine Diskriminierung. Müsste man dann nicht dafür sorgen, dass es mehr weibliche Mitglieder gibt?

Das eine bedingt das andere. Wir merken an der geringen Zahl von Frauen in unserer Partei doch, dass wir nicht nur ein strukturelles, sondern auch ein habituelles Problem haben. Wir sind für Frauen zu wenig attraktiv. Wir gewin-

nen zu wenige von ihnen, sich bei uns zu engagieren und gewinnen in der Folge auch immer weniger Wählerinnen. Wenn wir dieses Problem ernst nehmen, und das tue ich, dann müssen wir es mit Frauen und nicht für Frauen lösen. Es ist ja interessant, dass es den Parteien, die eine Frauenquote haben, gelungen ist, auch mehr Frauen für ihre Parteien zu gewinnen. Ich bin immer wieder überrascht über die unterschwellige Ängstlichkeit, die hinter dieser Debatte

„Wir brauchen ein beschleunigtes Planungsrecht, ein sehr verkürztes Einspruchsrecht und Sonderkammern der Gerichte, die schnelle Entscheidungen herbeiführen.“

steckt. Dabei ist die Frauenquote ein einladendes und uns stärkendes Instrument. Wir haben in der Gesellschaft zur Hälfte Männer und zur Hälfte Frauen. Und es wäre gut, wenn wir das bei unseren Mandatsträgern und in unseren Funktionen auch haben. Bisher ist uns das nicht ausreichend gelungen. Nun gehen wir deswegen einen neuen Weg.

Es gäbe ein anderes Instrument, was in der Strukturkommission abgelehnt wurde: verpflichtende hybride Sitzungen für alle Gremien vorschreiben, damit diejenigen, die beruflich oder familiär gebunden sind, trotzdem daran teilnehmen können. Warum kommt das nicht?

Das kann man ja trotzdem machen. Wir werden in der Struktur- und Satzungskommission weiterhin über die Dinge sprechen, die sich aufgrund der Pandemie verändert haben, auch in der Parteien-Gesetzgebung. Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir möchten Verantwortung tragen im Land. Dann müssen wir auch um gesellschaftliche Mehrheiten kämpfen. Dafür ist es gut, Frauen wie Männer in die Entscheidung mit einzubinden.

Mario Czaja (46) ist seit dem Parteitag im Januar neuer Generalsekretär der CDU. Bei der Bundestagswahl 2021 gelang es ihm, den Berliner Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf – seit der Wende Hochburg der PDS/Linken – erstmals für die CDU zu erobern. Zuvor gehörte der Betriebswirt mehr als 20 Jahre lang dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Von 2011 bis 2016 war er Senator für Gesundheit und Soziales der Hauptstadt. Der Sohn eines Elektrikers und einer Krankenschwester engagiert sich als Präsident des Berliner Landesverbands des Deutschen Roten Kreuzes. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter.

In der MIT wird auch etwas anderes kritisch gesehen: die Dominanz der Berufspolitiker in den CDU-Gremien. Im CDU-Bundesvorstand sind 82 Prozent Berufspolitiker, im Präsidium sogar 100 Prozent. Das hat doch mit Volkspartei nicht mehr viel zu tun. Wie könnte man mehr andere Sichtweisen in die Vorstände bekommen?

Das hat seine Vor- und Nachteile. Durch den großen Anteil der Berufspolitiker ist die Einbringung unserer Politik in die unterschiedlichen Parlamente gesichert. Wir müssen aber aufpassen, dass der Bundesvorstand nicht als abgehobene Blase fungiert. Wir müssen den Kontakt zur Basis und zur kommunalen Familie stets halten. Ich glaube, dass uns das in der Grundsatzprogramm-Kommission mit der Einbindung der Mitglieder schon ein gutes Stück gelungen ist. Dort haben wir pro Kommission mit zehn Personen zwei zusätzliche Sitze, auf die sich einfache Mitglieder bewerben konnten und nun einbringen.

Wie wollen Sie die Rolle der Mitglieder insgesamt stärken?

Fast 4000 sehr kompetente Mitglieder haben sich für die Mitarbeit in den Kommissionen beworben. Das zeigt: Wir haben hier einen riesigen Schatz, den wir heben können. Es stellt sich aber auch heraus: Wir kennen unsere Mitglieder noch immer zu wenig. Das werden wir ändern und feststellen: Welche Kompetenzen haben unsere Mitglieder, wo wollen sie sich einbringen? Wenn die Mitglieder merken, dass es für sie einen Mehrwert hat, uns ihre Kompetenzen aufzuzeigen, dann gelingt auch ein besserer Austausch. Wenn wir wüssten, wer von unseren Mitgliedern ehrenamtlich in einer Elternvertretung oder als Schulleiter tätig ist, könnten wir einen direkten Austausch mit unseren Bildungspolitikern ermöglichen, beispielsweise bevor ein Schulgesetz verändert oder bevor ein neues Kita-Gesetz beschlossen wird. Dann wäre ein unmittelbarer Mehrwert erkennbar: Als Parteimitglied kann ich auf allen Ebenen mitgestalten. Daran arbeiten wir im Konrad-Adenauer-Haus, um solche Plattformen aufzubauen. Das brauchen wir dringend. Wir laufen sonst Gefahr, dass viele Neumitglieder schon nach kurzer Zeit enttäuscht sind, weil ihr Gestaltungsspielraum auf die kommunale Ebene beschränkt ist.

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen nur mit Ja oder Nein. Sie haben aber einen Joker. Nur mit Frauenquote ist die CDU attraktiv für Frauen.

Ja.

Nach zwei Jahren mit Friedrich Merz als Vorsitzenden wird die CDU anders sein als vorher.

Ja.

Ein Regierungswechsel innerhalb dieser Legislaturperiode erscheint möglich.

Ja.

„Ich halte die Frauenquote für ein gutes Instrument, um Frauen und Männer gleichermaßen in der politischen Gestaltung einzubinden.“

Mit der CDU wird es keine Forderung nach Steuererhöhungen geben.

Ja.

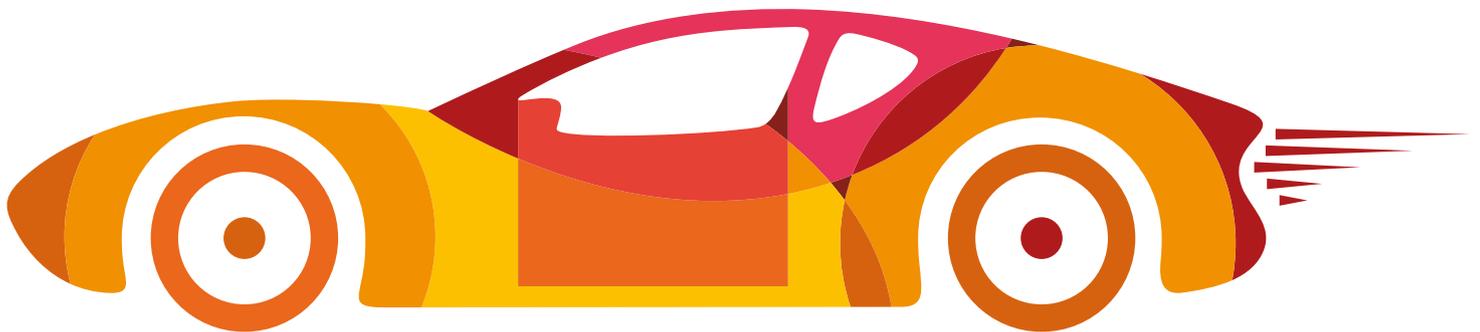
*Vervollständigen Sie zum Schluss bitte folgenden Satz:
Mein größtes Vorbild als CDU-Generalsekretär ist...*

... Kurt Biedenkopf. Ihm ist es von 1973 bis 1977 gelungen, in der Partei eine große Erneuerung herbeizuführen. Es war das erste und letzte Mal, dass wir unsere inhaltliche Neuausrichtung gemäß unserem Grundsatzprogramm-Prozess in der Opposition betrieben haben. Aus der Zeit kann man mehr übernehmen, als es auf den ersten Blick scheint. ●



Anzeige

Digitale Transformation ist wie ein Reifenwechsel bei voller Fahrt. Aber dafür haben Sie ja uns.



Vertrauen Sie auf einen Partner, der individuelle Services und Technologien speziell für Mittelständler entwickelt hat und Sie dabei unterstützen kann, die digitale Transformation in Ihrem Unternehmen schnell und erfolgreich voranzutreiben: www.pwc.de/transformation

GEGEN DEN STROM

Deutschlands einsamer Kampf gegen die Kernkraft

Zum Jahresende 2022 ist Schluss mit der Kernkraft-erzeugung in Deutschland. Oder doch nicht? In der Energiekrise fordern zahlreiche Experten, Ökonomen und Politiker einen Weiterbetrieb der Meiler.

Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise haben manche Gewissheit der Vergangenheit zerstört. Viele europäische Staaten diskutieren angesichts der galoppierenden Preise wieder über eine Rückkehr zur Kernkraft – und schaffen Fakten. Belgien entschied im März, den Atomausstieg um zehn Jahre zu verschieben. Die britische Regierung will gleich acht neue Reaktoren bauen. In Frankreich, wo 57 Kernkraftwerke mehr als 70 Prozent des französischen Stroms produzieren, plant Präsident Macron den Neubau mehrerer moderner Mini-Kraftwerke. Die Niederlande kehrten bereits im vergangenen Jahr zur Kernkraft zurück. Als Grund gab Ministerpräsident Rutte den Klimawandel und die Versorgungssicherheit an.

Kernkraft ist klimafreundlich

Der Weg dafür wurde in der EU schon länger vorbereitet. Noch vor dem Ukraine-Krieg entschied die EU, Investitionen in neue Gas- und Kernkraftwerke als klimafreundlich einzustufen. Doch Deutschland hält unverändert an seinem Kurs fest. Trotz Energiekrise sollen die letzten drei deutschen Meiler spätestens in der kalten Silvesternacht vom Netz gehen. Diese versorgen immerhin zehn Millionen Haushalte zuverlässig mit Strom. Damit nicht genug, will Deutschland bis 2030 auch aus der Kohle aussteigen.



Dabei haben der Krieg in der Ukraine und die stark gestiegenen Gaspreise gezeigt, wie abhängig Europa von fossilen Brennstoffen ist – besonders von Russland, das rund 40 Prozent des Gases in der EU liefert und rund 55 Prozent in Deutschland. Und die Gasimporte von dort sollen auf dem Weg zu mehr Unabhängigkeit schließlich auch reduziert werden.

Mehrheit für Weiternutzung

In der Union drängen deshalb viele darauf, den Ausstieg zu überdenken. So sagte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU), ein längerer Betrieb der Kernkraftwerke könne für einen begrenzten Zeitraum „sehr helfen“. Man brauche den Atomstrom „als Brücke“.

Die Position der CDU macht Generalsekretär Mario Czaja im Interview mit dem Mittelstandsmagazin deutlich (siehe Seiten 21/22): „Wir wollen, dass ideologiefrei alle möglichen Maßnahmen zur Sicherung unserer Energieversorgung geprüft werden“, sagt er. Dazu gehöre auch „die temporäre Verlängerung der Laufzeiten“ der bestehenden Kraftwerke. „Wir können uns das vorstellen.“

Das sieht auch eine Mehrheit im Land so. In einer Umfrage des ZDF-Politbarometers befürworteten im März 57 Prozent der befragten Bürger eine längere Laufzeit. 41 Prozent sprachen sich dagegen aus. Laut einer Befragung des Insa-Instituts waren im April 61 Prozent der Ansicht, dass – sofern technisch machbar – die verbleibenden drei Meiler weiterbetrieben werden sollten. Viele Verbraucher haben dabei offenbar nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Bezahlbarkeit im Blick. Schon heute weist Deutschland die höchsten Strompreise der Welt auf.

Ampel blockiert

Doch an einer ideologiefreien Debatte darüber scheint die Bundesregierung kein Interesse zu haben. Nach einer kurzen internen Prüfung teilten das Wirtschafts- und das Umweltministerium im März mit: „Eine Verlängerung der Laufzeiten könnte nur einen sehr begrenzten Beitrag zur Lösung des Problems leisten und dies zu sehr hohen wirtschaftlichen Kosten.“ Ein Wiederanfahren bereits stillgelegter Kernkraftwerke komme aufgrund der erloschenen Betriebserlaubnis nicht in Betracht.

Die Gegenargumente gelten unter Kernenergieexperten jedoch als weitgehend widerlegt. „Nach unseren Rückmeldungen aus der Branche und von Experten wäre es sehr wohl möglich, die Kernkraftwerke noch fünf bis zehn Jahre weiter zu nutzen – sowohl technisch als auch rechtlich“, sagt die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann.

In einem Vorstandsbeschluss nimmt die MIT den Prüfvermerk der Regierung regelrecht auseinander: „Die Anlagen, das Personal, das Know-how, die Lieferketten – all das ist noch vorhanden. In der gegenwärtigen Energiekrise ist die Kernkraft schlichtweg unverzichtbar, wenn wir nicht in eine energiewirtschaftliche Notlage geraten wollen.“

„Rein politische Entscheidung“

Das bestätigt die Technikhistorikerin und Kernkraftexpertin Anna Veronika Wendland. Aus ihrer Sicht könnten nicht nur die aktiven, sondern auch die Ende 2021 abgeschalteten Meiler wieder ans Netz gehen. „Es ist ein verbreiteter Irrtum, dass diese Kraftwerke keine Betriebsgenehmigung mehr hätten“, sagte sie der „Welt“. „Ausgelaufen sind allein die Genehmigungen zum kommerziellen Leistungsbetrieb.“ Falsch sei auch die Behauptung der Bundesregierung, es gäbe für eine Wiederinbetriebnahme unüberwindbare rechtliche und sicherheitstechnische Hindernisse. „Die Betriebsgenehmigung erlischt erst, wenn die Rückbaugenehmigung erteilt ist. Damit wird für die drei stillgelegten Kraftwerke Ende 2022 gerechnet“, so die Wissenschaftlerin. Es sei also noch Zeit, andere politische Entscheidungen herbeizuführen. Für eine Laufzeitverlängerung bedürfe es nur eines Bundestagsbeschlusses zur Änderung des Atomgesetzes. Wendland: „Das ist eine rein politische Entscheidung.“

MIT macht Druck

Die MIT hat sich deshalb klar für einen Weiterbetrieb der drei aktiven und der drei abgeschalteten Kernkraftwerke ausgesprochen. Mit ihnen könnten mehr als zwei Drittel der Verstromung durch Gas substituiert und die Erdgas-Importabhängigkeit von Russland maßgeblich reduziert werden, führt die MIT in ihrem Beschluss an. Weiterhin setzt sich die MIT für eine weitere Erforschung der nuklearen Entsorgung ein, etwa durch moderne Dual-Fluid-Reaktoren.

MIT-Chefin Connemann macht deshalb Druck: „Im Frühsommer ist der Point-of-no-return. Wenn wir bis dahin nicht die politischen Weichen gestellt haben, ist diese Möglichkeit der sicheren, klimafreundlichen und günstigen Energieversorgung in Deutschland für immer abgeschnitten, und das wäre verantwortungslos.“ ●



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

PRO & CONTRA

Sollte eine allgemeine Dienstpflicht eingeführt werden?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Paul Ziemiak (36) ist Mitglied des Deutschen Bundestags. Er war von 2014 bis 2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union und von 2018 bis 2022 Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Wertvoller Beitrag für unser Gemeinwesen

In einer allgemeinen Dienstpflicht sehe ich wesentliche und vielschichtige Vorteile für alle Seiten. Ganz grundsätzlich trüge eine Dienstpflicht dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Identifikation unserer Jugend mit unseren Werten zu intensivieren. Wie entscheidend Geschlossenheit und eine breite Identifikation mit bestimmten Grundwerten sich auf ihre Resilienz auswirken können, erleben wir gerade in der Ukraine. Dort legen tapfere Frauen und Männer – auch und gerade jungen Alters – eine bewundernswerte Moral an den Tag. Sie werden angetrieben von dem Willen, sich nicht von Russland unterdrücken zu lassen. Und dabei motiviert sie ein Völkerrechts-, Freiheits- und Werteverständnis, das unserem in der EU sehr nahe kommt. Ich meine: Aufgrund der fortdauernden Krisen sollten wir die richtigen Weichen stellen, damit alle verstärkt in unser Zusammenleben investieren. Eine allgemeine Dienstpflicht kann hierzu ein Baustein sein.

Ein weiterer Vorteil der Dienstpflicht ist, dass wichtige Träger gesellschaftlicher Verantwortung mit zusätzlicher Arbeitskraft und steigendem Recruiting-Potential zu rechnen hätten. Dabei

sprechen wir von staatlichen und privaten Akteuren, denen es heute schon häufig an geeigneten Bewerbern fehlt. Die entsprechenden Berufe bei unseren Streitkräften, im Gesundheitswesen, in den Blaulichtorganisationen und weiteren in Frage kommenden Stellen aufzuwerten, halte ich für erforderlich.

Ferner kann eine allgemeine Dienstpflicht dafür sorgen, dass noch mehr junge Menschen erfahren dürfen, wie wertvoll es ist, einen Beitrag zu einem intakten Gemeinwesen zu leisten.

Dabei denke ich an jene Kinder im Grundschul- und Mittelstufenalter, die von dieser Entscheidung jetzt betroffen wären. Sollte die allgemeine Dienstpflicht kommen, werden sie weitere prägende Erfahrungen sammeln. Sie werden auf Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten treffen und mit ihnen gemeinsam für ein höheres Ziel ihren Dienst verrichten dürfen. Sie werden nach dem Schulabschluss eine fest eingeplante Orientierungszeit erhalten, in der sie sich ausprobieren dürfen. Sie werden in die Gesellschaft, deren Teil sie sind und bleiben werden, weiter hineinwachsen. Und dabei werden sie einen Beitrag für unser Gemeinwesen leisten, der in Steuergeld nicht aufzuwiegen ist. ●

PRO

Die Pandemie und der Ukraine-Krieg haben gezeigt: Sowohl im Gesundheitswesen als auch bei der Bundeswehr fehlt es an Personal. Könnte ein verpflichtendes Jahr für junge Menschen dieses Problem lösen? Während Befürworter sich zudem eine Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts versprechen, sehen Kritiker dagegen einen Einschnitt in die individuellen Freiheitsrechte.

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Freiwilligkeit statt Zwangsdienst

Als ich im Oktober 1995 meinen Wehrdienst angetreten habe, war ich einer von zwei Abiturienten in meinem Zug. Wir waren acht Mann auf der Stube und ich habe Erfahrungen gemacht, die ich wahrscheinlich ohne die Bundeswehr nie gemacht hätte und die ich nicht missen möchte. Ich habe Freundschaften geknüpft, die bis heute halten. Vielen Befürwortern der Wehrpflicht oder der allgemeinen Dienstpflicht geht das wahrscheinlich ähnlich, wenn sie an ihre Zeit als Wehrpflichtige oder Zivis zurückdenken.

Doch die Bundeswehr hat sich verändert in den vergangenen 25 Jahren. Heute wissen wir, dass es richtig war, die Wehrpflicht auszusetzen. Auch wenn es angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine wieder reflexartig zu Forderungen nach einer Wehrpflicht kommt, dürfen wir unseren Blick nicht trüben lassen.

Für die Verteidigung Deutschlands und Europas zählen gut ausgerüstete, ausgebildete und spezialisierte Soldaten mehr als die schiere Mannstärke. Zum Vergleich: Alleine der europäische Pfeiler der NATO hat bereits 1,4 Millionen Männer und Frauen unter Waffen, die Russische Föderation etwa 1,2 Millionen.

Auch finanziell wäre die Einführung

einer allgemeinen Dienstpflicht ein kaum zu stemmender Kraftakt. Es müssten Strukturen und Organisationen für ganze Jahrgänge geschaffen werden die so nicht mehr existieren.

Es gibt aber auch rechtliche Gründe, die dagegen sprechen. Der Zwangsdienst ist nach Freiheitsstrafen der größte Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Deshalb ist er auch richtigerweise nur für die Landesverteidigung vorgesehen. Eine allgemeine Dienstpflicht wäre mit dem Grundgesetz und der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar.

Meiner Meinung nach passt aber eine allgemeine Dienstpflicht auch gar nicht zu unserem freiheitlichen Staat. Sie würde die Balance zwischen den Freiheitsrechten des Einzelnen und dem Staat durcheinander bringen. Sie ist aus finanziellen, militärischen und rechtlichen Gründen derzeit nicht realistisch. Um das gesellschaftliche Engagement junger Menschen zu stärken, setzte ich mich mit der CSU stattdessen für ein niedrigschwelliges Deutschlandpraktikum ein, das von einem attraktiven Anreizsystem begleitet wird. Nur durch Freiwilligkeit wird es uns gelingen, junge Menschen für diesen Staat zu gewinnen, nicht durch einen Zwangsdienst. ●

CONTRA



Florian Hahn (48) ist Bundestagsabgeordneter aus München. Er ist verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und war von 2019 bis 2022 stellvertretender Generalsekretär der CSU.

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben – diesmal gibt es keinen Pfeil nach oben.

Mehr Flexibilität bei Zuschüssen

Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine schlagen voll auf europäische Unternehmen und Verbraucher durch. Damit die Mitgliedstaaten besonders betroffenen Unternehmen beherzt unter die Arme greifen können, hat die EU-Kommission einen befristeten Beihilferahmen verabschiedet, der bei staatlichen Zuschüssen höhere Flexibilität erlaubt. Im Normalfall gelten bei staatlichen Subventionen nämlich strenge Regeln, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Neben Liquiditätshilfen in Form zinsgünstiger Darlehen und Garantien sind bis zu einer gewissen Obergrenze auch direkte Zuschüsse möglich. Die Mitgliedstaaten bekommen so die notwendige Beinfreiheit, um der Wirtschaft in dieser schwierigen Phase zu helfen.

Mittelstand droht mehr Belastung statt Entlastungen durch Parlamentsposition zur Entgelttransparenz

Leider ist es nach EU-Recht möglich, dass ein Fachausschuss ohne Beteiligung des EU-Parlaments bei neuen Gesetzen direkt mit den Mitgliedsstaaten verhandeln kann. Das wollen jetzt Sozialausschuss und Frauenausschuss für die Entgelttransparenz-Richtlinie so durchziehen. Haben eine Gärtnerei oder Metallhandwerker mehr als 50 Beschäftigte – Pech gehabt. Neu geschaffene Dokumentationsplattformen verlangen ihnen schon ab Lohnunterschieden von 2,5 Prozent ein umfangreiches Berichtswesen ab. Mithelfende Familienangehörige? So etwas Solides kennen viele EU-Sozialpolitiker nicht und verursachen unnötige Bürokratie. Als ob wir in Deutschland in Sachen Lohnangleichung nicht längst auf dem besten Wege wären.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Regulierungen

Belastungs-TÜV mit Veto-Recht

Der MIT-Bundesvorstand hat einen sofortigen Belastungsstopp für den Mittelstand gefordert. „Die Ampel-Koalition muss umgehend alle neuen Gesetzes- und Verordnungsvorschläge stoppen, die Betriebe belasten“, sagt MIT-Vorsitzende Gitta Connemann. „Jede weitere Belastung ist Gift für die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes. Die Ampel muss schnellstmöglich handeln und entlasten. Der Stopp von Belastungen ist die beste Entlastung.“

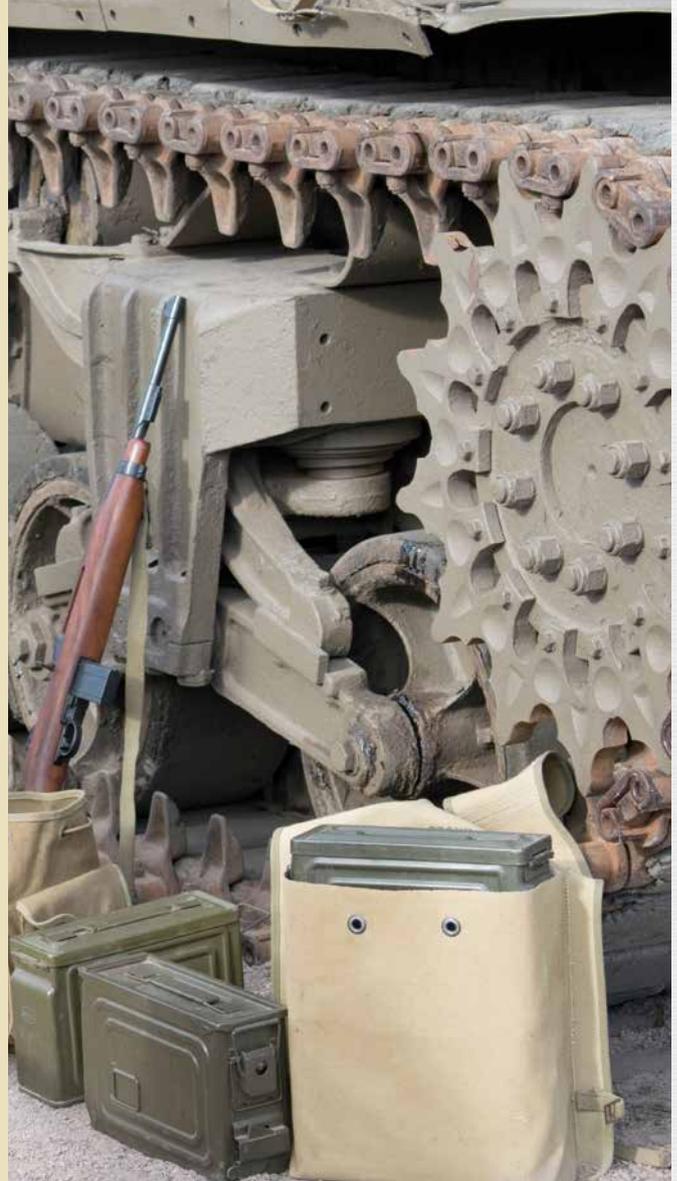
Dazu will die MIT einen „Belastungs-TÜV“ einführen. Das Gremium soll – befristet für die Zeit der Rohstoff- und Energiepreiskrise – bewerten, ob ein Gesetzgebungsverfahren für Unternehmen als vertretbar einzuschätzen ist. Diesem Belastungs-TÜV sollen jeweils drei Vertreter der Regierung, des Bundestags inklusive der Opposition, des Normenkontrollrats und der Wirtschaft angehören. „Nur wenn drei Viertel der Vertreter in dem Gremium zustimmen, soll das Vorhaben vom Bundestag verabschiedet werden“, heißt es im MIT-Vorstandsbeschluss.

Darüber hinaus fordert die MIT die Bundesregierung auf, sich bei sämtlichen von der EU geplanten Belastungen für eine Aussetzung einzusetzen. Der Normenkontrollrat soll zudem beauftragt werden, vor einer Abstimmung den bürokratischen Aufwand der Regulierungen der EU einzuschätzen.

Mehr Waffen für die Ukraine

Nach den entsetzlichen russischen Kriegsverbrechen hat die MIT die Bundesregierung aufgefordert, der Ukraine umgehend jede mögliche Unterstützung mit Waffenlieferungen zu geben. „Kriegsverbrecher verstehen nur Härte. Und was der Ukraine am besten helfen würde, wären Waffen – mehr und bessere“, sagte MIT-Chefin Gitta Connemann. Die MIT verlangt von der Bundesregierung mehr Transparenz gegenüber dem Bundestag: „Die Bundesregierung muss das Parlament ohne Wenn und Aber informieren. Und sie muss offenlegen, welche Folgen Embargos für Bürger und Betriebe in Deutschland hätten. Es müsste dafür längst belastbare Simulationen geben. Ohne eine solche Folgenabschätzung wäre jede Entscheidung verantwortungslos“, sagte Connemann.

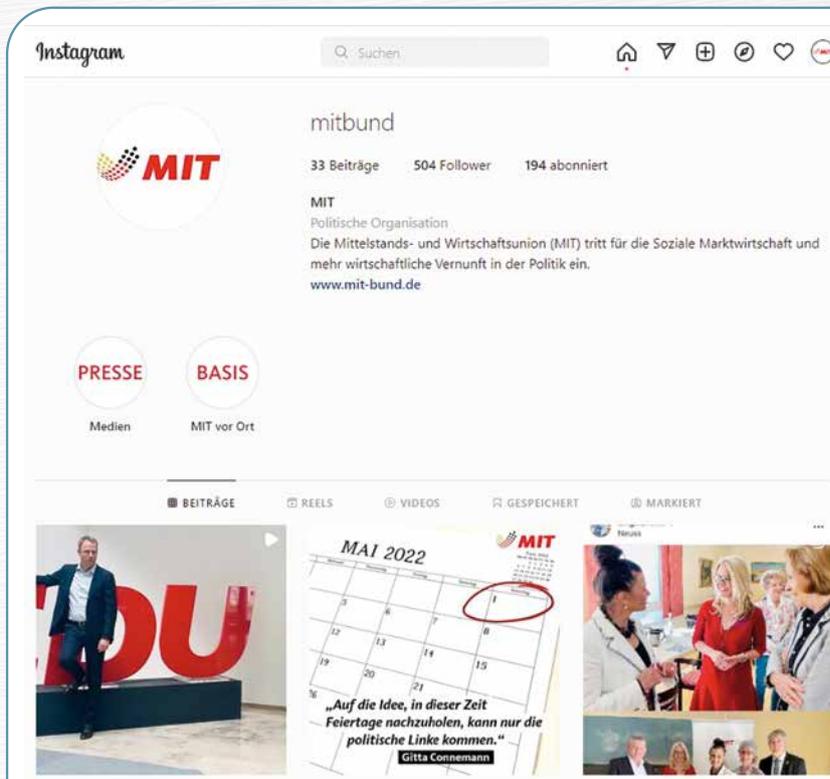
Angesichts der Eskalation durch Präsident Putin und die russische Armee hält die MIT weitere Sanktionen für geboten. Diese müssten „vor allem dazu beitragen können, den Krieg in der Ukraine zu beenden“, heißt es in einem Beschluss des MIT-Bundesvorstands. Zugleich müssten Sanktionen „die Möglichkeiten der EU erhalten, der Ukraine militärische und wirtschaftliche Hilfe zu geben und gleichzeitig die Energieunabhängigkeit von Russland schnellstmöglich herzustellen“.



Mautgebühren

HandwerkerAusnahme bei der Maut kann kommen

Lange wurde darum gerungen, jetzt kann sie kommen: die HandwerkerAusnahme bei der Maut. Das heißt: Die EU-Mitgliedsstaaten können künftig selbst entscheiden, ob sie Handwerker mit Fahrzeugen zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen komplett oder teilweise von Maut- oder Nutzungsgebühren befreien. Dafür hatten sich zuvor die MIT-Bundesvorstandsmitglieder und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) Europe, Markus Pieper und Markus Ferber, stark gemacht. „Dass die HandwerkerAusnahme kommen kann, ist gut für den Mittelstand“, freut sich Ferber. Denn Handwerker würden keine Güter transportieren, sondern zu Baustellen oder Kunden fahren.



Social Media

MIT auf Instagram

Die MIT ist jetzt auf Instagram aktiv. Unter @mitbund postet die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig aktuelle Stellungnahmen und Beschlüsse, Einblicke hinter die Kulissen und viele weitere interessante Beiträge.

Energieunabhängigkeit

Sonderplanungsrecht während der Krise

Der MIT-Bundesvorstand fordert ein Krisensonderplanungsrecht für spezielle sicherheitsrelevante Großprojekte, etwa LNG-Terminals. Dadurch sollen Planungszeiträume von mehreren Jahren auf weniger als ein Jahr verkürzt werden. „Rechtsschutz und Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestimmte, sehr zentrale Vorhaben dürfen zwar nicht abgeschafft, müssen aber auf das Mindestmaß eingeschränkt werden“, sagt MIT-Chefin Gitta Connemann. „Wir brauchen das Instrumentarium, um so schnell wie möglich mehr Versorgungssicherheit herzustellen.“

Die MIT schlägt dafür vor, dass der Bau in einem eigenen Maßnahmengesetz geregelt werde, der die sonstigen Planverfahren ersetze. Dafür soll auf EU-Ebene eine vorübergehende Ausnahme von den sonst notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfungen erreicht werden.

Außerdem fordert die MIT in ihrem Vorstandsbeschluss auch für sonstige Planungsverfahren eine Beschleunigung. So soll es eine Stichtagsregelung mit Standardfristen für Einsprüche geben. Weiterhin sollen Projektgesellschaften helfen, Großprojekte schneller umzusetzen. Außerdem soll das Verbandsklagerecht eingeschränkt werden.



Entlastung

Energiepreispauschale ist Irrweg

Die Energiepreispauschale der Ampel-Koalition ist ein Irrweg. Da die 300 Euro pro Bürger der Einkommensteuer unterliegen, werden Millionen Bürger steuerpflichtig. Das bedeutet nicht nur ein Mehr an Bürokratie, sondern ein Weniger an Entlastung. Nur rund die Hälfte wird überhaupt bei den Arbeitnehmern ankommen. Bürger, die knapp unter der Freigrenze liegen, werden auf einmal steuerpflichtig. Und Betriebe, die ohnehin am Rande der Existenz stehen, zahlen noch drauf. „So wird das Entlastungspaket zum Belastungspaket“, sagt MIT-Vorsitzende Gitta Connemann. „Wer Bürgern und Betrieben helfen will, macht auch den zweiten Schritt: Keine Steuern auf Steuern und Abschaffung der CO₂-Abgabe.“ Immerhin: Der unter anderem von der MIT scharf kritisierte Tankrabatt wurde vom Ampel-Kabinett zurückgezogen.



Linke Forderungen

Falsche Zeit für Feiertage

Führende Politiker von Linken und Grünen haben sich dafür ausgesprochen, Feiertage, die auf einen Sonntag fallen, künftig nachzuholen. Die MIT erteilt solchen Ideen eine klare Absage: „Der Krieg tobt in Europa, Lieferketten brechen, Preise explodieren, die Inflation frisst Werte – auch von Betrieben, von denen manche noch unter den Folgen der Pandemie leiden“, erläutert MIT-Chefin Gitta Connemann. „Auf die Idee, in dieser Zeit Feiertage nachzuholen, kann nur die politische Linke kommen. Wohlstand und Wachstum regnen nicht vom Himmel.“ Jetzt gehe es nicht um Verteilung, sondern um den Erhalt von Betrieben und Arbeitsplätzen.

Bürokratie

Arbeitszeiterfassung wird nicht verschärft

Die Bundesregierung hat ihre umstrittenen Pläne zur Verschärfung der Arbeitszeiterfassung gestoppt. Dagegen hatte sich zuvor lautstarker Protest aus dem Mittelstand geregt, auch aus der MIT. Die Pläne sahen unter Androhung von Bußgeld vor, dass Unternehmen aus elf Branchen die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter sofort täglich und elektronisch aufzeichnen sollten.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sofortprogramm für Bürger und Betriebe

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein umfangreiches Sofortprogramm für Bürger und Unternehmen präsentiert, das wesentlich aus MIT-Positionen besteht. Das Programm sieht unter anderem bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten, eine bessere steuerliche Verlustrechnung und eine Anpassung des Einkommensteuertarifs an die unerwartet hohe Inflation vor. Ziel ist es, die kalte Progression auszugleichen. Weiterhin soll die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen sowie auf Kraftstoffe befristet abgesenkt werden. Unternehmen, die von den Folgen des Krieges in der Ukraine betroffen sind, sollen „im Rahmen des genehmigten Beihilferechtsrahmens durch Bürgschaften, Garantien, Kredite oder staatliche Beteiligungen“ temporär unterstützt werden. „Ein neues KfW-Programm könnte über Darlehen rasch für Liquidität sorgen“, heißt es in dem Antrag. Gefordert wird außerdem ein schneller Abbau von Bürokratie, eine sichere Energieversorgung, eine Reform des Arbeitszeitgesetzes, eine Mobilisierung von Fachkräften, eine „Umsetzungsoffensive zur Digitalisierung und Modernisierung von öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft“ und die Stärkung des transatlantischen Freihandels. Für die Unionsfraktion warb Gitta Conneemann (Foto) im Bundestag für den Antrag: „Die Bürger und Betriebe brauchen keine Almosen, sondern eine Entlastung“, so die MIT-Vorsitzende. Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, MIT-Mitglied Julia Klöckner, sagte: „Wir brauchen keine Krisenverwaltung, sondern mehr Dynamik von Innovationen und Wachstum. Es geht um nicht weniger als Made in Germany als technologisches Zukunftsversprechen.“

Vergaberecht

Bessere Verteilung relevanter Arzneiprodukte

Zu Beginn der Corona-Krise explodierte die Nachfrage nach persönlicher Schutzausstattung, einigen Medizinprodukten sowie Pharmazeutika. In der Folge kam es zu erheblichen Lieferengpässen und massiven Preissteigerungen für relevante Produkte. Die MIT setzt sich deshalb für eine bessere Verteilung, Bevorratung und Produktion solcher Produkte ein. Dazu fordert die MIT in einem Vorstandsbeschluss den Aufbau einer digitalen Bestandsplattform versorgungskritischer Medizin- und Arzneimittelprodukte. Darüber hinaus beklagen viele Mittelständler, dass das geltende Vergaberecht die öffentliche Hand davon abhalte, in Deutschland zu höheren Preisen produzierte Produkte abzunehmen. Die MIT setzt sich deshalb auf nationaler und europäischer Ebene „mit Nachdruck für eine situationsbezogene und praxisorientierte Ausgestaltung und Auslegung vergaberechtlicher Vorgaben“ ein. Beispiele im In- und Ausland hätten gezeigt, dass die Eignungs- und Zuschlagskriterien so gewählt werden können, dass deutsche oder europäische Unternehmen realistische Chancen auf den Zuschlag haben.



Fotos: Rede Conneemann, goerky

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... wir vor immensen Veränderungen stehen und solche Herausforderungen nur im engen Schulterschluss zwischen Politik und Unternehmertum gemeistert werden können.“



Christian Schwab

Unternehmer und Bürgermeister,
MIT Germersheim

... der Mittelstand eine starke politische Stimme für wirtschaftliche Vernunft braucht.“



Elke Simon-Kuch

Landtagsabgeordnete und
Geschäftsführerin,
MIT Burgenlandkreis

... wir Jungunternehmer stets neue Akzente in der Sozialen Marktwirtschaft setzen können und richtungsweisend für die Zukunft sind. Vor allem im Mittelstand ist das Potenzial enorm.“



Dominik Dugandzic

Eventmanager und Startup-Gründer,
MIT Mettmann

Christian Schwab (50) ist Diplom-Informatiker, Unternehmer und Bürgermeister. Sein Berufsleben startete er nach dem Studium zum Diplom-Informatiker als Softwareexperte. 2002 machte er sich selbstständig. In den vergangenen 20 Jahren gründete, führte und veräußerte er Unternehmen in der IT- und Digital-Branche. Mit seinen Teams arbeitet er für mittelständische Unternehmen sowie Konzerne weltweit, berät und entwickelt Lösungen im Bereich der Digitalisierung und Digitalen Transformation, IT, Marketing und Unternehmensführung.

Seit 15 Jahren ist Christian Schwab in der Kommunalpolitik aktiv. Seit drei Jahren ist er in seinem Wohnort Kuhardt Ortsbürgermeister. Als Südpfäler findet er Ausgleich beim Wein, Wandern und Handball.

Elke Simon-Kuch (51) absolvierte zunächst eine Ausbildung zur Schuhfacharbeiterin mit Abitur, studierte dann Germanistik-Anglistik. Anschließend studierte sie berufsbegleitend Werbegrafik, Kommunikation, Betriebswirtschaft und Wirtschaftsmediation. Ihren Master legte sie in Wirtschaftspsychologie ab. Seit 2006 ist sie geschäftsführende Gesellschafterin einer Werbeagentur. Simon-Kuch engagiert sich in der Industrie- und Handelskammer und dem Stadtmarketingverein. Zudem ist sie Kreisrätin des Burgenlandkreises und Vorstandsmitglied der CDU Sachsen-Anhalt. 2021 wurde sie direkt in den Landtag gewählt. Gute Arbeit, gute Bildung und gute Infrastruktur liegen ihr besonders am Herzen. Kraft tankt sie beim Lesen, Pilgern, mit ihrem Hund oder im Garten.

Dominik Dugandzic (37) ist Verkaufskaufmann und Marketing-Kommunikations-Ökonom. Er arbeitete mehr als zehn Jahre im Veranstaltungsbereich – bei Agenturen, dem Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW) und der Stiftung Insel Hombroich. Im März 2020 hat er sich mit einer Eventagentur selbstständig gemacht und Corona zu seinem Vorteil genutzt. Seitdem entwickelt er mit seinem Team digitale und analoge Events für seine Kunden.

Darüber hinaus engagiert er sich in der Industrie- und Handelskammer im Prüfungsausschuss der Verkaufskaufleute. Geboren und aufgewachsen in Solingen, lebt er heute mit seiner Familie in Langenfeld im Rheinland. In seiner Freizeit geht der ehemalige Basketballer gern zum CrossFit.

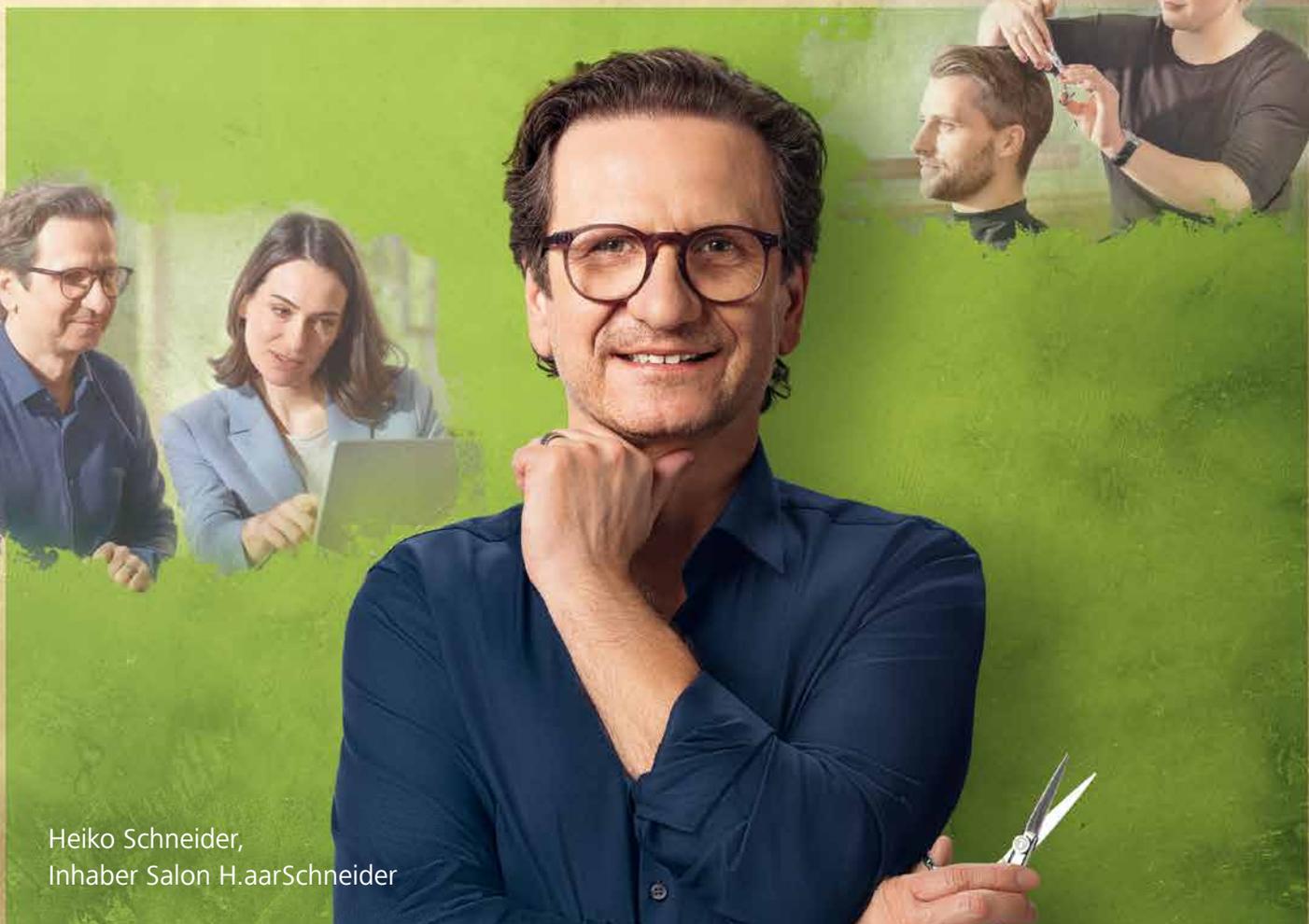
Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

ICH BESCHÄFTIGE 40 MITARBEITER.

DA MUSS DIE LOHNBUCHHALTUNG

SCHNELL UND DIGITAL LAUFEN.

Der Salon H.aarSchneider setzt mit innovativen Konzepten neue Maßstäbe beim Kundenerlebnis. Dank der Unterstützung seiner Steuerberatung und den intelligenten Lösungen von DATEV sind alle Abläufe rund um die Lohnbuchhaltung und das Personalwesen schnell und digital. So entsteht Freiraum für das Wesentliche: voll und ganz für den Kunden da zu sein.



Heiko Schneider,
Inhaber Salon H.aarSchneider

GEMEINSAM-BESSER-MACHEN.DE



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.